



Standard-Eurobarometer 79 Frühjahr 2013

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION

ERSTE ERGEBNISSE

Befragung: Mai 2013

Veröffentlichung: Juli 2013

Diese Umfrage wurde von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation in Auftrag gegeben und koordiniert.

http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

Dieses Dokument gibt nicht die Meinung der Europäischen Kommission wieder.
Die darin enthaltenen Interpretationen oder Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

Standard-Eurobarometer 79 / Frühjahr 2013 – TNS opinion & social

Standard Eurobarometer 79
Frühjahr 2013

Erste Ergebnisse

Durchgeführt von TNS Opinion & Social im Auftrag der
Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation

Koordiniert von der Europäischen Kommission,
Generaldirektion Kommunikation
(DG COMM „Forschung und Verfassen von Reden“)

INHALT

EINLEITUNG	3
I. Unionsbürgerschaft	6
1. Das Gefühl, ein Bürger der Europäischen Union zu sein: Trend	6
2. Das Gefühl, ein Bürger der Europäischen Union zu sein: nationale Ergebnisse	6
3. Kenntnis der Rechte als Bürger der Europäischen Union: Trend	7
4. Kenntnis der Rechte als Bürger der Europäischen Union: nationale Ergebnisse	7
5. Informationen über die Rechte von EU-Bürgern: Trend	8
6. Informationen über die Rechte von EU-Bürgern: nationale Ergebnisse	8
7. Die positivsten Errungenschaften der Europäischen Union: Trend	9
II. Die EU-Bürger und die politischen Institutionen	10
1. Vertrauen in die nationalen Regierungen und Parlamente und in die Europäische Union: Trend	10
2. Das Image der Europäischen Union: Trend	11
3. Die Zukunft der Europäischen Union: Trend	11
4. Die Zukunft der Europäischen Union: nationale Ergebnisse	12
5. Meine Stimme zählt in der Europäischen Union: Trend	12
6. Meine Stimme zählt in der Europäischen Union: nationale Ergebnisse	13
7. Bekanntheit des Europäischen Parlaments: Trend	14
8. Kenntnis über die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments: Trend	15
9. Kenntnis über die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments: nationale Ergebnisse und Entwicklungen	16
III. Die europäischen Bürger und die wirtschaftliche Lage	17
1. Bewertung der derzeitigen Lage: allgemeine und persönliche Aspekte	17
2. Die derzeitige wirtschaftliche Lage auf nationaler Ebene: Trend	18
3. Die derzeitige wirtschaftliche Lage auf nationaler Ebene: nationale Ergebnisse	19

IV. Die wichtigsten Probleme der Europäischen Bürger	20
1. Die wichtigsten Probleme auf nationaler Ebene	20
2. Die wichtigsten Probleme auf nationaler Ebene: nationale Ergebnisse	21
3. Die wichtigsten Probleme auf persönlicher Ebene	22
4. Die wichtigsten Probleme auf europäischer Ebene: Entwicklungen	22
5. Erwartungen an die nächsten zwölf Monate: allgemeine und persönliche Aspekte	23
V. Die Krise	24
1. Unterstützung für eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro als gemeinsame Währung: Trend	24
2. Unterstützung für eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro als gemeinsame Währung: nationale Ergebnisse und Entwicklungen	25
3. Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt: Trend	26
4. Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt: nationale Ergebnisse und Entwicklungen ...	27
5. Die Auswirkungen der Krise auf die Europäische Union	29
6. Auf welcher Ebene kann die Krise am wirksamsten bekämpft werden?	29
7. Die Stimme der EU zählt in der Welt: Trend	30
8. Die Stimme der EU zählt in der Welt: nationale Ergebnisse	30
VI. Europa 2020	31
1. Die Bedeutung, die den Initiativen der Strategie Europa 2020 beigemessen wird	31
2. Die Ziele von Europa 2020	33
3. Gesamteindruck	34
FAZIT	35

ANHANG

Technische Hinweise

EINLEITUNG

In diesem Bericht werden die ersten Ergebnisse der Umfrage 79 des Standard-Eurobarometers vorgestellt, die zwischen dem 10. und 26. Mai 2013 in 34 Ländern bzw. Gebieten¹ durchgeführt wurde: den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, den sechs Kandidatenländern (Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Türkei, Island, Montenegro und Serbien) sowie in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft in jenem Teil des Landes, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird. Kroatien, das der EU am 1. Juli 2013 beigetreten ist, war zum Zeitpunkt der Durchführung der Erhebung kein Mitgliedstaat der Europäischen Union. Deshalb bezieht sich der gewichtete EU-Durchschnitt in diesem Bericht und im Anhang auf die 27 Länder, die zum Zeitpunkt der Befragung Mitgliedstaaten der Europäischen Union waren.

Der vorliegende Bericht „Erste Ergebnisse“ enthält ausgewählte Daten zu unterschiedlichen Themenbereichen, z. B. zur wirtschaftlichen Lage und zur politischen Situation in Europa. Dieser Bericht wird zusammen mit den Ergebnissen zu den Fragen des Standard-Eurobarometers zur Wirtschaftskrise und zu anderen politischen Trends innerhalb der EU veröffentlicht, die in einem Anhang aufgeführt werden.

Die letzte Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2012 (EB78) war vor allem von der relativen Stabilität der Indikatoren zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage geprägt, die auf einem insgesamt niedrigen Stand blieben. Die meisten Indikatoren in Bezug auf die Unterstützung der Europäischen Union und ihrer Institutionen waren ebenfalls ziemlich stabil.

Seit der Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2012 (EB78) haben in einigen Ländern Parlamentswahlen stattgefunden, namentlich auf Zypern, in der Tschechischen Republik, in Italien und auf Malta.

Anfang Mai 2013 – unmittelbar vor Beginn der Befragung für dieses Standard-Eurobarometer – hat die Europäische Kommission ihre Frühjahrsprognose 2013 veröffentlicht.² Obwohl die Prognose für das Jahr 2013 von einem negativen BIP-Wachstum in der EU (-0,1%) und in der Eurozone (-0,4%) ausgeht, wird für das Jahr 2014 eine reale Steigerung der Wirtschaftstätigkeit von 1,4% in der EU und 1,2% in der Eurozone erwartet.

2013 ist das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger.³ Ziel dieser Initiative ist es, die Rechte zu fördern, die alle EU-Bürger genießen, das Konzept der Unionsbürgerschaft zu unterstreichen sowie die Bürgerinnen und Bürger über ihr Wahlrecht aufzuklären und sie zur Teilnahme an den bevorstehenden Europawahlen im Mai 2014 zu motivieren.

¹ Die genauen Daten der Befragungszeiträume in den einzelnen Mitgliedstaaten sind in den technischen Hinweisen aufgeführt.

² http://ec.europa.eu/economy_finance/eu/forecasts/2013_spring_forecast_en.htm

³ !! HYPERLINK "<http://europa.eu/citizens-2013/de/home>" ⊥

Die Europäische Kommission organisiert seit September 2012 eine Reihe von Bürgerdialogen⁴, die den EU-Bürgern die Möglichkeit bieten, persönlich mit EU-Kommissaren über unterschiedliche Themen wie Europa und die Krise, Rechte von Unionsbürgern oder die Zukunft Europas zu diskutieren. Diese Bürgerdialoge werden in Städten in ganz Europa organisiert.

Der vorliegende Bericht konzentriert sich auf die Ergebnisse in den 27 EU-Mitgliedstaaten und in Kroatien und ist in sechs Hauptteile untergliedert. Im ersten Teil werden Fragen zur Unionsbürgerschaft analysiert. Der zweite Teil befasst sich mit der Frage, wie die Befragten die politischen Institutionen beurteilen, und zwar die nationalen Regierungen und Parlamente sowie die Institutionen der EU. Im dritten Teil wird untersucht, wie die Befragten die aktuelle wirtschaftliche Lage wahrnehmen. Der vierte Teil widmet sich den wichtigsten Sorgen und Erwartungen der Europäer. Gegenstand des fünften Teils sind der Euro und eine Reihe von Fragen, die durch die Krise aufgeworfen wurden. Im sechsten Teil wird der Frage nachgegangen, wie die europäischen Bürger die verschiedenen Initiativen der Strategie Europa 2020 bewerten.

Da diese Fragen bereits in vorangegangenen Umfragen des Standard-Eurobarometers gestellt wurden, lassen sich eine Reihe von Meinungstrends analysieren.

⁴ http://ec.europa.eu/debate-future-europe/citizens-dialogues/index_en.htm

Bei der Befragung wurde die Methodik der Generaldirektion Kommunikation (Referat „Forschung und Verfassen von Reden“)⁵ für Umfragen des Standard-Eurobarometers angewandt. Diesem Bericht sind als Anhang technische Hinweise zur Durchführung der Interviews durch die Institute des TNS Opinion & Social-Netzwerks beigelegt. Darin werden auch die Konfidenzintervalle angegeben.⁶

Die in diesem Bericht verwendeten Abkürzungen und ihre Entsprechungen lauten wie folgt:

ABKÜRZUNGEN			
BE	Belgien	LV	Lettland
CZ	Tschechische Republik	LU	Luxemburg
BG	Bulgarien	HU	Ungarn
DK	Dänemark	MT	Malta
DE	Deutschland	NL	Niederlande
EE	Estland	AT	Österreich
EL	Griechenland	PL	Polen
ES	Spanien	PT	Portugal
FR	Frankreich	RO	Rumänien
IE	Irland	SI	Slowenien
IT	Italien	SK	Slowakei
CY	Republik Zypern***	FI	Finnland
LT	Litauen	SE	Schweden
		UK	Vereinigtes Königreich
CY (tcc)	Türkisch-zyprische Gemeinschaft	EU27	Europäische Union – 27 Mitgliedstaaten
HR	Kroatien		
TR	Türkei		
MK	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien****	EU15	BE, IT, FR, DE, LU, NL, DK, UK, IE, PT, ES, EL, AT, SE, FI*
IS	Island	NMS12	BG, CZ, EE, CY, LT, LV, MT, HU, PL, RO, SI, SK**
ME	Montenegro	EUROZONE	BE, FR, IT, LU, DE, AT, ES, PT, IE, NL, FI, EL, EE, SI, CY, MT, SK
RS	Serbien	NICHT-EUROZONE	BG, CZ, DK, LV, LT, HU, PL, RO, SE, UK

* EU15 bezieht sich auf die 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union vor den Erweiterungen von 2004 und 2007

** NMS12 bezeichnet die 12 „neuen Mitgliedstaaten“, die der Europäischen Union im Zuge der Erweiterungen 2004 und 2007 beigetreten sind

*** Zypern als Ganzes ist einer der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Für den Teil des Landes, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird, ist der gemeinschaftliche Besitzstand („acquis communautaire“) aufgehoben. Aus praktischen Gründen wurden nur die im von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil durchgeführten Interviews in der Kategorie „CY“ ausgewiesen und in den EU27-Durchschnitt einbezogen. Die Interviews, die in dem Teil des Landes durchgeführt wurden, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird, werden in der Kategorie „CY(tcc)“ [tcc: *Turkish Cypriot Community, türkisch-zyprische Gemeinschaft*] ausgewiesen.

**** Vorläufige Abkürzung, die in keiner Weise die endgültige Nomenklatur für dieses Land vorwegnehmen soll, die in den derzeit bei den Vereinten Nationen stattfindenden Verhandlungen beschlossen wird

* * * * *

Wir möchten allen Befragten in ganz Europa danken, die sich die Zeit genommen haben, an dieser Umfrage teilzunehmen.

Ohne ihre aktive Mitarbeit wäre diese Studie nicht möglich gewesen.

⁵ http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

⁶ Die Ergebnistabellen sind im Anhang aufgeführt. Es ist zu beachten, dass die in den Tabellen dieses Berichts angegebenen Gesamtprozentzahlen 100% übersteigen können, wenn der Befragte die Möglichkeit hatte, bei einer Frage mehrere Antworten zu geben.

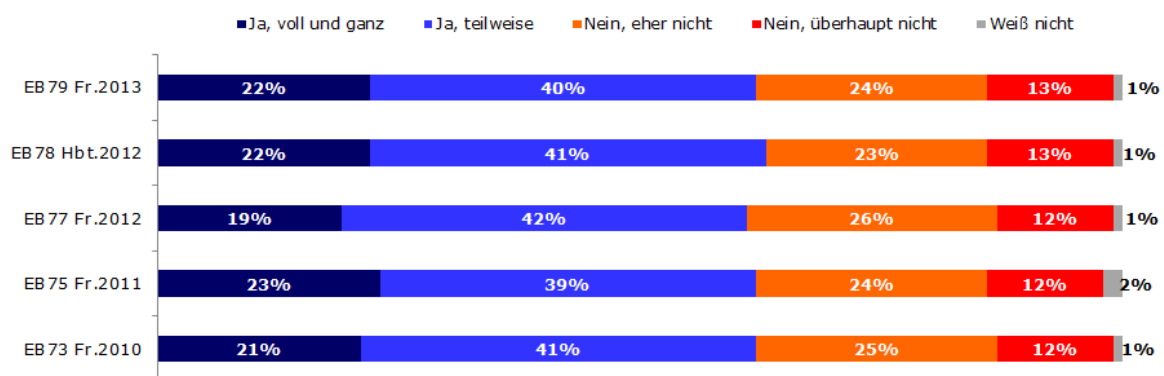
I. Unionsbürgerschaft

1. Das Gefühl, ein Bürger der Europäischen Union zu sein: Trend

Eine absolute Mehrheit der Europäer fühlt sich nach eigenen Angaben als Bürger der EU. Der Anteil der Befragten, die dieser Meinung sind, ist nahezu unverändert (62%, -1 seit Herbst 2012). Mehr als ein Drittel der Befragten stimmt dieser Aussage nicht zu (37%, +1). Der Anteil der Befragten, die sich als Bürger der EU fühlen, hat sich seit der Umfrage vom Frühjahr 2010 (EB73) nur geringfügig verändert und variiert in diesem Zeitraum zwischen 61% und 63%.

QD2.1 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht.

Sie fühlen sich als Bürger der EU



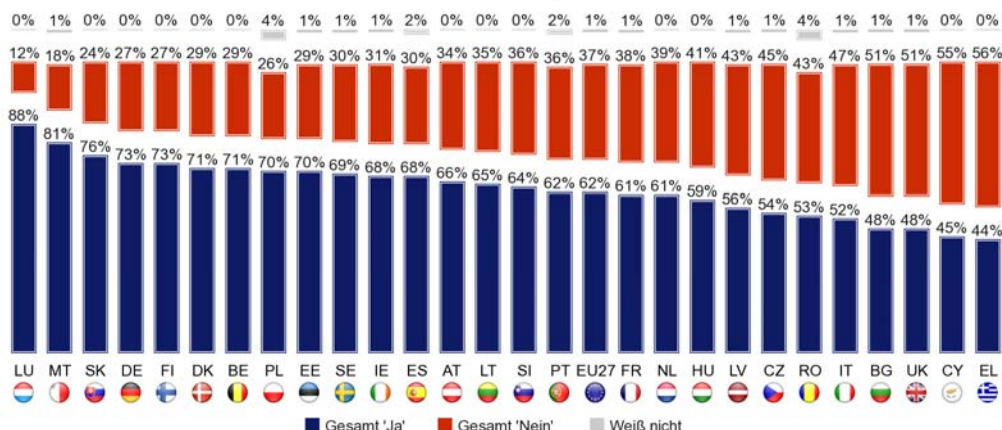
2. Das Gefühl, ein Bürger der Europäischen Union zu sein: nationale Ergebnisse

Der Ländervergleich offenbart diesbezüglich erhebliche Unterschiede: Während in Luxemburg, auf Malta und in der Slowakei mehr als drei von vier Befragten angeben, dass sie sich als Bürger der EU fühlen, trifft dies in Bulgarien, im Vereinigten Königreich, auf Zypern und in Griechenland auf weniger als die Hälfte der Befragten zu. Allerdings sind diese vier Mitgliedstaaten die einzigen, in denen sich eine Mehrheit der Befragten nicht als Bürger der EU fühlt.

Das Gefühl der Unionsbürgerschaft wird zumindest teilweise durch die gemeinsame europäische Währung verstärkt: 64% der Befragten innerhalb der Eurozone fühlen sich als Bürger der EU, verglichen mit 57% der Befragten außerhalb der Eurozone.

QD2.1. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht.

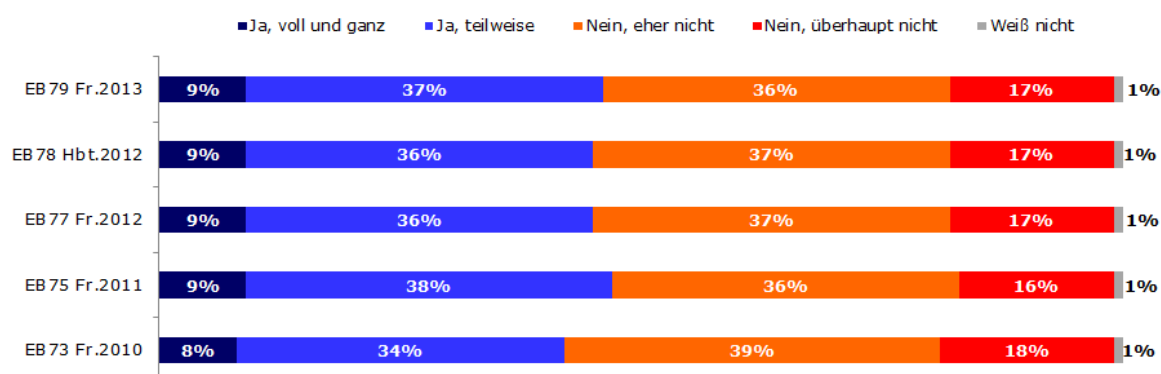
Sie fühlen sich als Bürger der EU



3. Kenntnis der Rechte als Bürger der Europäischen Union: Trend

Fast die Hälfte der Europäer ist mit ihren Rechten als EU-Bürger vertraut (46%, +1 seit Herbst 2012). Eine knappe Mehrheit kennt ihre Rechte als Bürger der EU nach eigenen Angaben nicht (53%, -1). Nachdem zwischen den Frühjahrsumfragen 2010 (EB73) und 2011 (EB75) ein Anstieg um fünf Prozentpunkte (von 42% auf 47%) beim Anteil derjenigen verzeichnet werden konnte, die ihre Rechte als Bürger der EU kennen, liegt dieser Anteil seit dem Frühjahr 2011 konstant zwischen 47% und 45%.

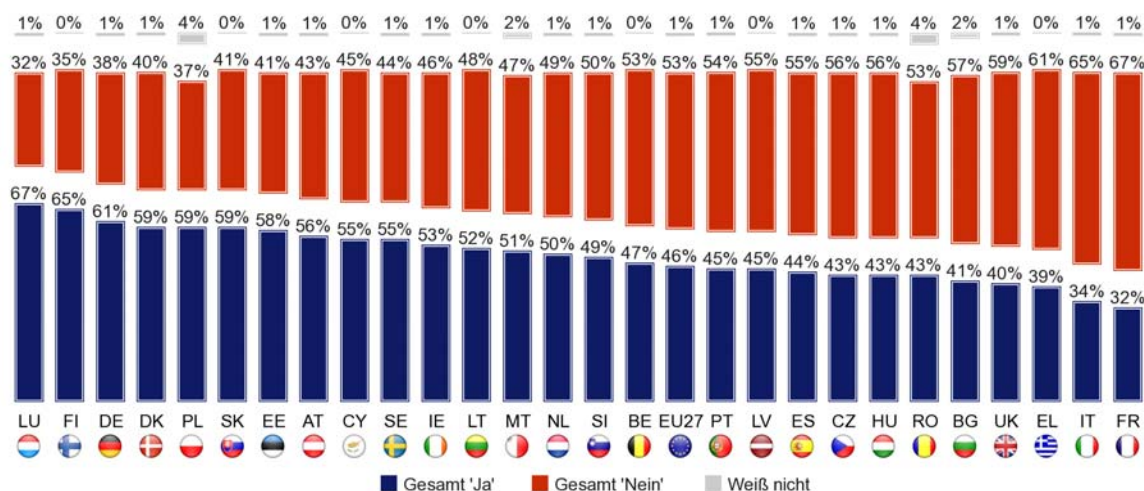
**QD2.2 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht.
Sie kennen Ihre Rechte als Bürger der EU**



4. Kenntnis der Rechte als Bürger der Europäischen Union: nationale Ergebnisse

In 14 Mitgliedstaaten erklärt jeweils die Mehrheit der Befragten, die eigenen Rechte als EU-Bürger zu kennen, allen voran in Luxemburg (67%, +4), Finnland (65%, -2) und Deutschland (61%, +3). Der größte Zuwachs an Befragten, die ihre Rechte als Unionsbürger kennen, ist seit der Umfrage vom Herbst 2012 in Portugal (+10 auf 45%), Rumänien (+8 auf 43%) und in der Slowakei (+7 auf 59%) zu verzeichnen.

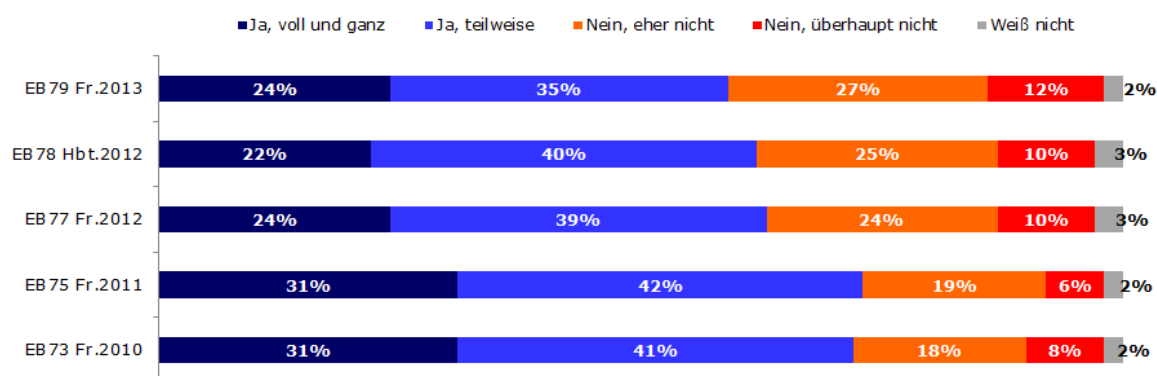
**QD2.2. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht.
Sie kennen Ihre Rechte als Bürger der EU**



5. Informationen über die Rechte von EU-Bürgern: Trend

Eine große Mehrheit der europäischen Bürger würde gerne mehr über ihre Rechte als Unionsbürger (59%) wissen. Gleichwohl ist dieser Anteil seit der Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2010 (EB73), als noch 72% dieser Meinung waren, kontinuierlich gesunken. Demgegenüber ist der Anteil der Befragten, die kein Interesse daran haben, mehr über ihre Rechte zu erfahren, von 26% im Frühjahr 2010 auf 39% im Frühjahr 2013 gestiegen.

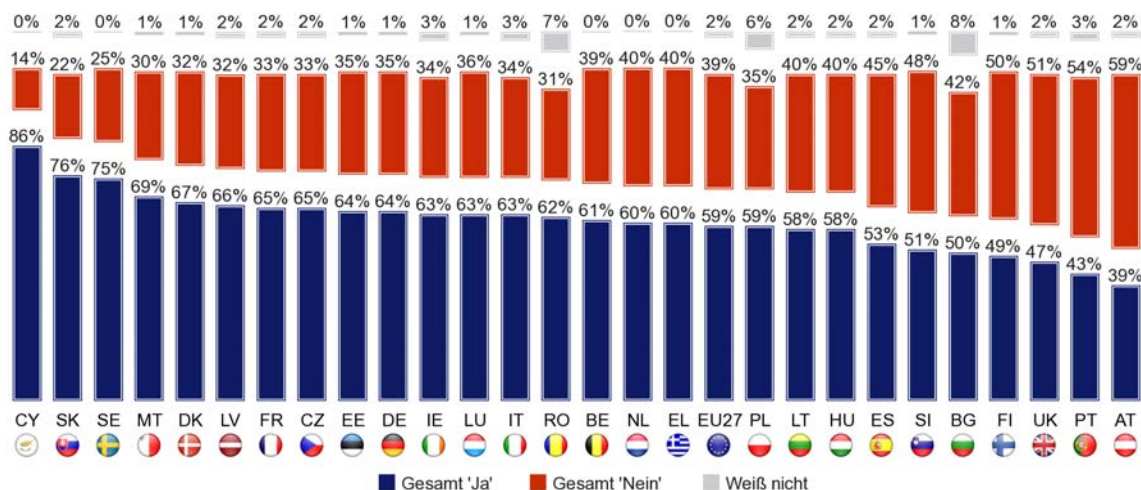
**QD2.3 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht.
Sie würden gerne mehr über Ihre Rechte als Bürger der EU wissen**



6. Informationen über die Rechte von EU-Bürgern: nationale Ergebnisse

In 23 EU-Mitgliedstaaten wurde eine Mehrheit der Befragten gerne mehr über ihre Rechte als Bürger der EU wissen. Am stärksten verbreitet ist diese Meinung auf Zypern (86%), in der Slowakei (76%) und in Schweden (75%). Im Gegensatz dazu ist in vier Mitgliedstaaten eine Mehrheit der Befragten nicht daran interessiert, mehr über ihre Rechte zu erfahren, namentlich in Finnland (50%), im Vereinigten Königreich (51%), in Portugal (54%) und in Österreich (59%).

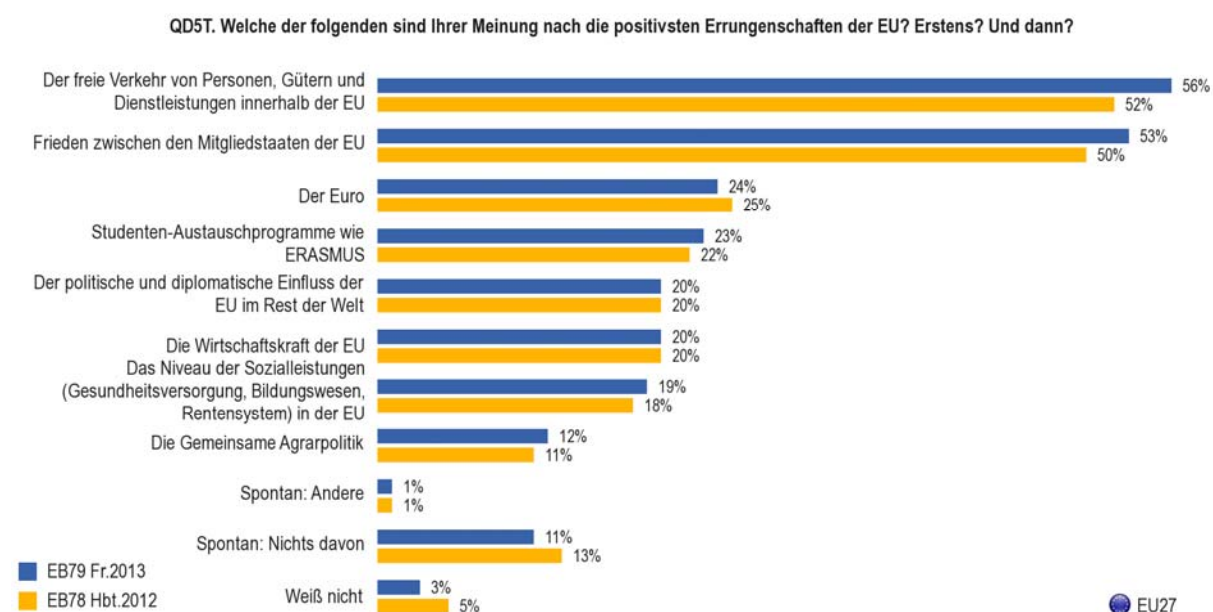
**QD2.3. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht.
Sie würden gerne mehr über Ihre Rechte als Bürger der EU wissen**



7. Die positivsten Errungenschaften der Europäischen Union: Trend

Der freie Verkehr von Personen, Gütern und Dienstleistungen innerhalb der EU (56%, +4) sowie der Frieden zwischen den Mitgliedstaaten der EU (53%, +3) werden nach wie vor mit Abstand als die positivsten Errungenschaften der EU angesehen. Beide Errungenschaften werden von mehr als der Hälfte der Befragten genannt, und im Vergleich zur Umfrage vom Herbst 2012 ist dieser Anteil gestiegen.

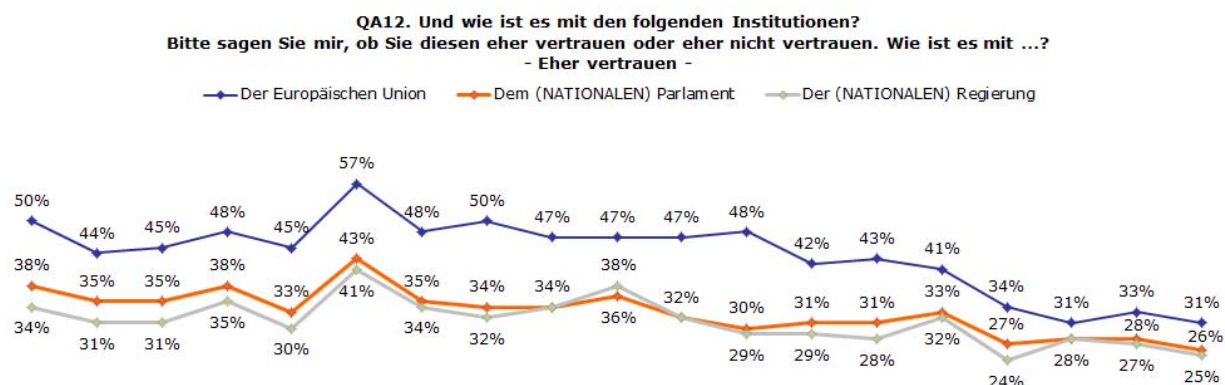
Alle anderen Aspekte werden jeweils von rund einem Viertel bzw. einem Fünftel der Befragten als die positivsten Errungenschaften genannt: der Euro (24%, -1), Studenten-Austauschprogramme wie ERASMUS (23%, +1), der politische und diplomatische Einfluss der EU im Rest der Welt (20%, unverändert), die Wirtschaftskraft der EU (20%, unverändert) und das Niveau der Sozialleistungen (Gesundheitsversorgung, Bildungswesen, Rentensystem) in der EU (19%, +1). Die Gemeinsame Agrarpolitik bildet nach wie vor das Schlusslicht (12%, +1). Der Anteil der Europäer, die *spontan* „nichts davon“ angegeben haben, ist leicht gesunken (11%, -2).



II. Die EU-Bürger und die politischen Institutionen

1. Vertrauen in die nationalen Regierungen und Parlamente und in die Europäische Union: Trend

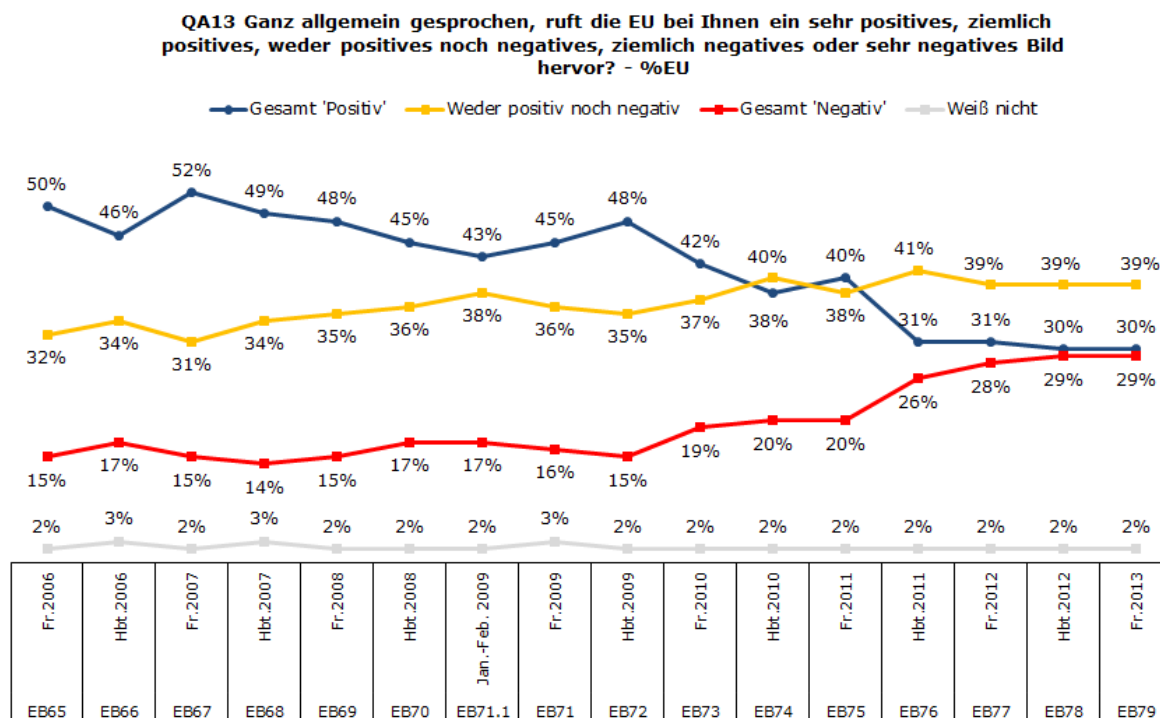
Der Vertrauensverlust in die politischen Institutionen setzt sich weiter fort, wenngleich der Europäischen Union nach wie vor eher vertraut wird als den nationalen Institutionen. Das Vertrauen in die Europäische Union ist um zwei Prozentpunkte gesunken und liegt aktuell wieder auf dem Niveau der Umfrage vom Frühjahr 2012 (EB77). Trotz dieses Rückgangs ist das Vertrauen in die EU weiterhin höher als in die nationalen Regierungen (25%, -2) und Parlamente (26%, -2), die bei den Bürgern ebenfalls leicht an Vertrauen verloren haben.



Hbt. 2004	Fr. 2005	Hbt. 2005	Fr. 2006	Hbt. 2006	Fr. 2007	Hbt. 2007	Fr. 2008	Hbt. 2008	Jan.-Feb. 2009	Fr. 2009	Hbt. 2009	Fr. 2010	Hbt. 2010	Fr. 2011	Hbt. 2011	Fr. 2012	Hbt. 2012	Fr. 2013
EB62	EB63	EB64	EB65	EB66	EB67	EB68	EB69	EB70	EB71.1	EB71	EB72	EB73	EB74	EB75	EB76	EB77	EB78	EB79

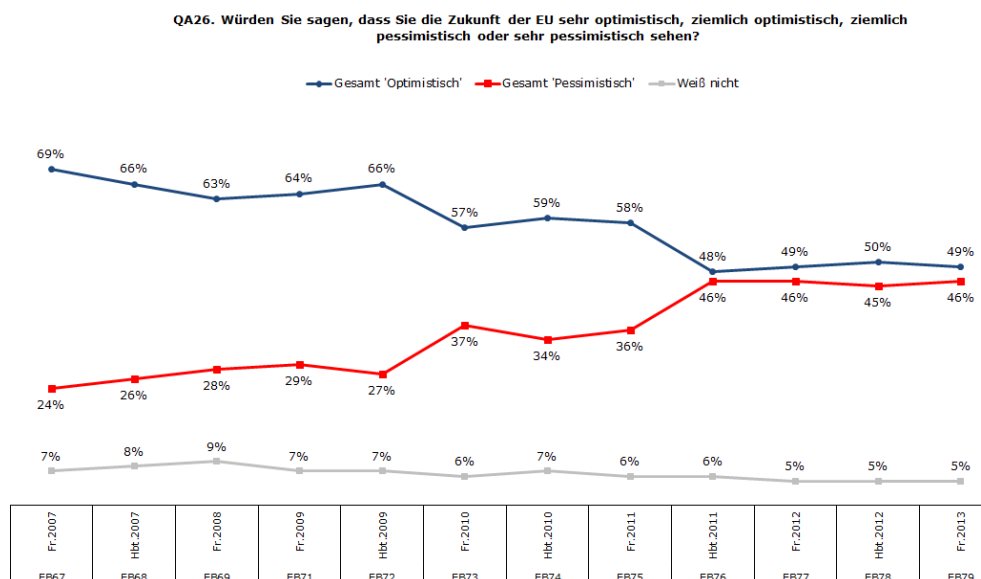
2. Das Image der Europäischen Union: Trend

Das Image der EU hat sich in der Wahrnehmung der Befragten nicht verändert. Eine Mehrheit der Europäer hat ein neutrales Bild von der EU (39%, =). Der Anteil der Befragten, bei denen die EU ein positives Bild hervorruft, ist weiterhin geringfügig höher als der Anteil derjenigen, die mit der EU ein negatives Bild verbinden (30% positiv, unverändert; 29% negativ, unverändert).



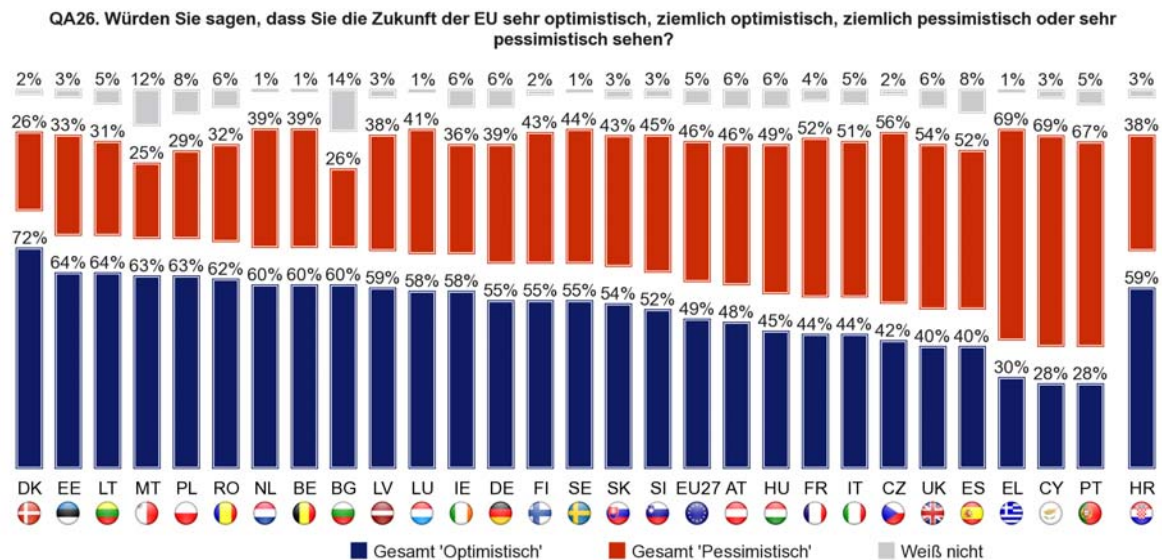
3. Die Zukunft der Europäischen Union: Trend

Die Europäer sind geteilter Meinung, was die Zukunft der Europäischen Union betrifft. Während fast die Hälfte der Befragten die Zukunft der EU optimistisch sieht (49%), sehen 46% diese Zukunft pessimistisch. Diesbezüglich sind seit der Umfrage vom Herbst 2012 nur marginale Veränderungen zu verzeichnen (50% optimistisch und 45% pessimistisch).



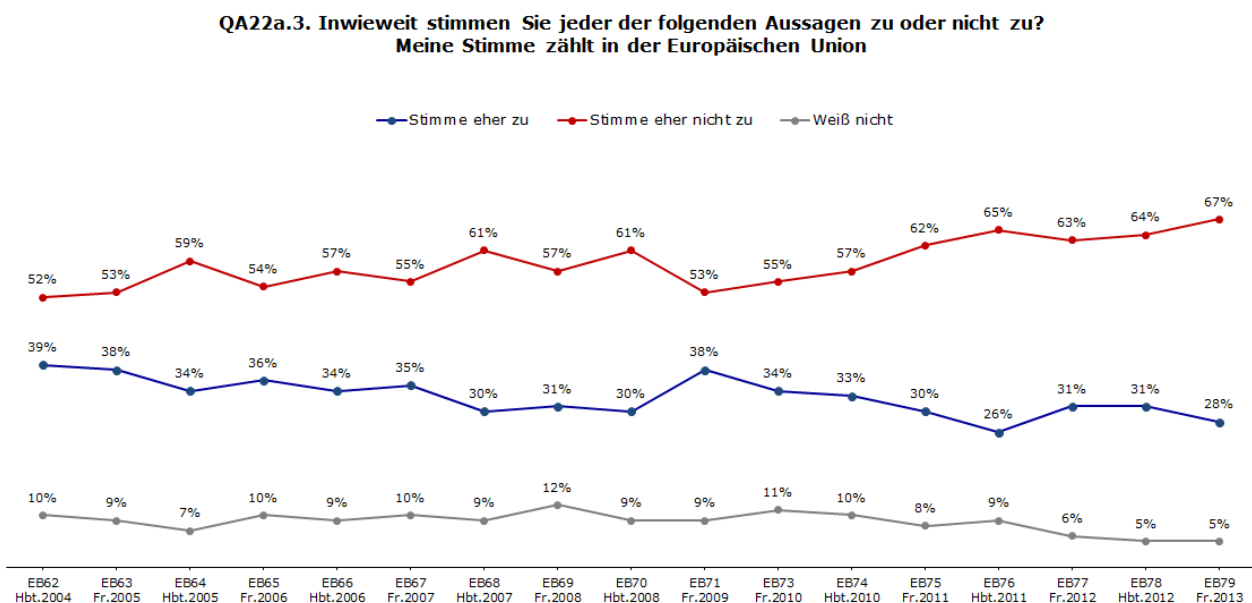
4. Die Zukunft der Europäischen Union: nationale Ergebnisse

In 19 Ländern blickt eine Mehrheit der Befragten nach eigenen Angaben optimistisch in die Zukunft der EU, allen voran in Dänemark (72%), Estland (64%), Litauen (64%), auf Malta (63%) und in Polen (63%). Am anderen Ende des Spektrums finden sich neun Länder, in denen eine Mehrheit der Befragten die Zukunft der EU pessimistisch sieht. Dies trifft insbesondere auf Portugal (67%), Zypern (69%) und Griechenland (69%) zu.



5. Meine Stimme zählt in der Europäischen Union: Trend

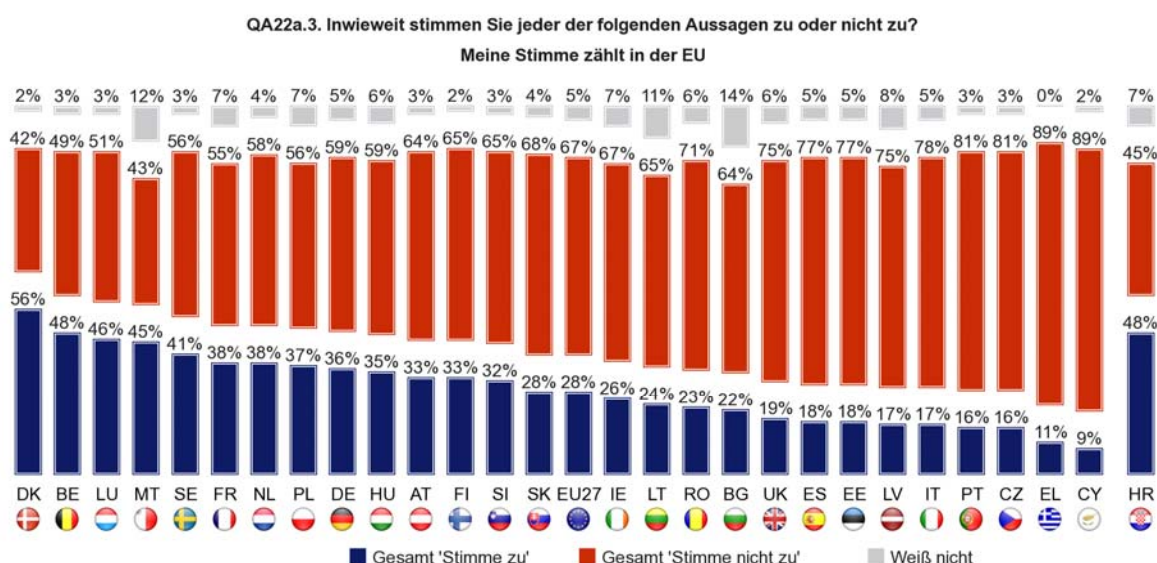
Mehr als zwei Drittel der Europäer sind der Meinung, dass ihre Stimme in der EU nicht zählt (67%). Dies entspricht einem Anstieg um drei Prozentpunkte seit der letzten Umfrage und markiert gleichzeitig den Höchststand seit Einführung dieser Frage im Herbst 2004 (EB62). Der Anteil der Befragten, die der Meinung sind, dass ihre Stimme in der EU nicht zählt, ist seit der Frühjahrsumfrage 2009 (EB71) fast kontinuierlich von 53% auf 67% gestiegen. Etwas mehr als ein Viertel der Befragten (28%, -3) stimmt der Aussage zu, dass ihre Stimme in der EU zählt.



6. Meine Stimme zählt in der Europäischen Union: nationale Ergebnisse

In 24 Mitgliedstaaten der EU stimmt eine absolute Mehrheit der Befragten der Aussage nicht zu, dass ihre Stimme in der EU zählt. Am weitesten verbreitet ist diese Meinung in Griechenland (89%) und auf Zypern (89%), aber auch in Portugal (81%), Italien (78%) und Spanien (77%) ist diese Ansicht häufig zu finden. Ähnliche Ergebnisse wie in diesen fünf südeuropäischen EU-Staaten sind darüber hinaus auch in der Tschechischen Republik (81%) und in Estland (77%) zu beobachten.

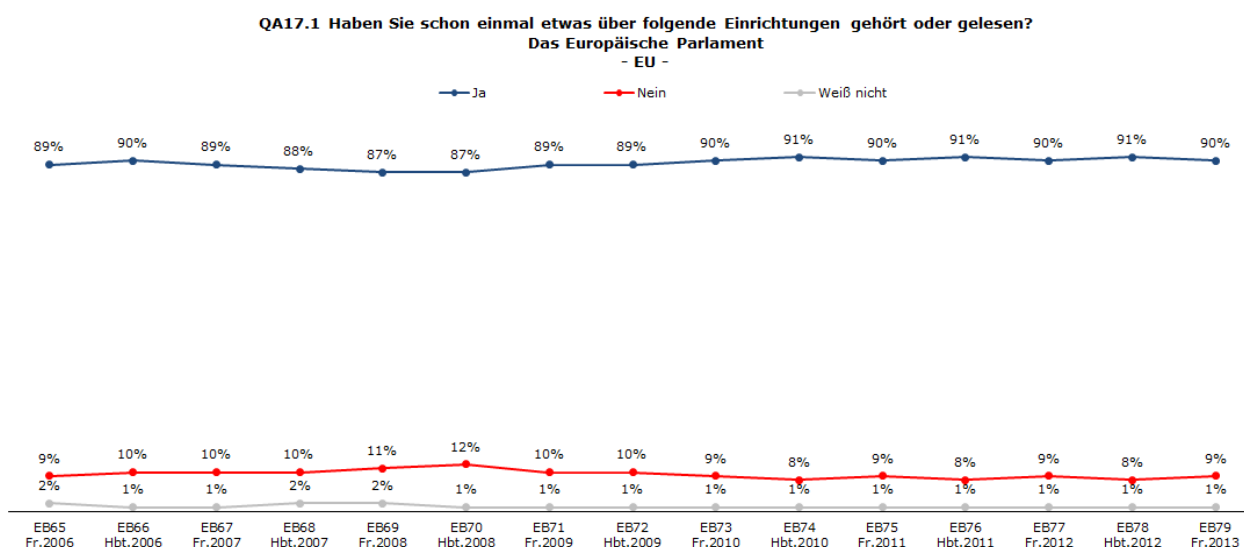
In drei Ländern ist eine Mehrheit der Befragten der Meinung, dass ihre Stimme in der EU zählt: in Dänemark (56%), Kroatien (48%) und auf Malta (45%) gegenüber 43%).



7. Bekanntheit des Europäischen Parlaments: Trend

Die Europäer werden im Mai 2014 ihre Abgeordneten für das Europäische Parlament wählen. Neun von zehn Befragten haben nach eigenen Angaben schon einmal etwas über diese Einrichtung gehört (90%, -1 seit Herbst 2012). Bezüglich des Anteils derjenigen, die das Europäische Parlament kennen, ist im Zeitverlauf keine nennenswerte Entwicklung zu verzeichnen. Der Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments bewegt sich seit der Umfrage vom Frühjahr 2006 zwischen 87% und 91%.

Der Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments ist in allen Mitgliedstaaten sehr hoch. Der Anteil der Befragten, die schon einmal etwas über das Europäische Parlament gehört haben, reicht von 98% in Dänemark, Slowenien und Finnland bis 85% im Vereinigten Königreich und 84% in Italien.

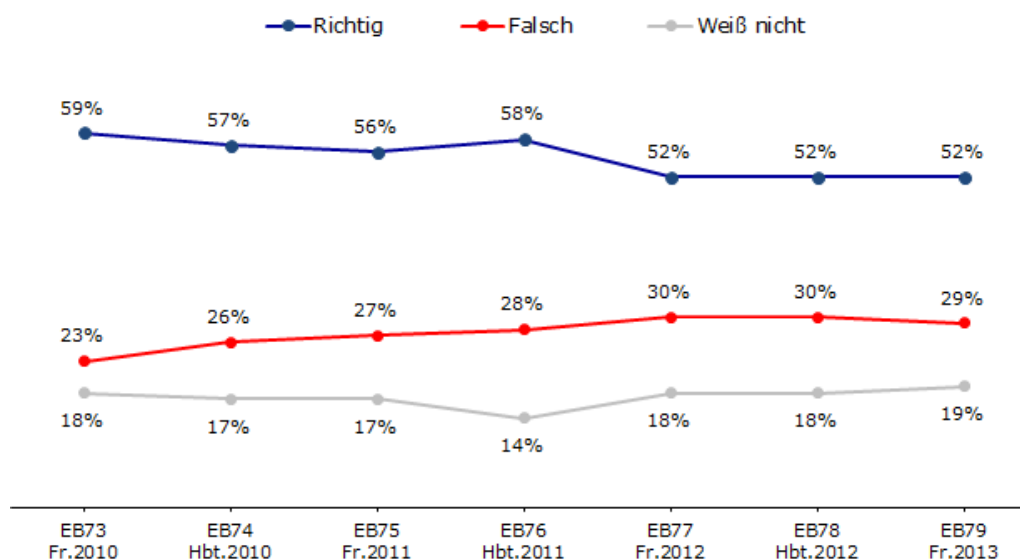


8. Kenntnis über die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments: Trend

Einer absoluten Mehrheit der Europäer ist bekannt, dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments direkt von den Bürgern jedes Mitgliedstaates gewählt werden (52%, unverändert seit Herbst 2012). Gleichwohl sind fast drei von zehn Europäern der Meinung, dass diese Aussage falsch ist (29%, -1), und 19% (+1) wissen nicht, wie die Mitglieder des Europäischen Parlaments gewählt werden. Seit Frühjahr 2010 (EB73) ist der Anteil an Befragten, die wissen, wie die MdEPs gewählt werden, von 59% auf 52% im Frühjahr 2013 gesunken.

QA19.2 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen über die EU, ob diese Ihrer Meinung nach richtig oder falsch ist.

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden direkt von den Bürgern jedes Mitgliedstaates gewählt
































9. Kenntnis über die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments: nationale Ergebnisse und Entwicklungen

In 22 Mitgliedstaaten ist eine absolute Mehrheit der Befragten mit dem Verfahren zur Wahl der MdEPs vertraut, allen voran auf Malta (86%), Zypern (83%) und in Griechenland (81%). Die deutlichsten diesbezüglichen Zuwachsraten sind in Lettland (63%, +10 seit Herbst 2012) und Schweden (59%, +6) zu verzeichnen. Im Gegensatz dazu ist in Spanien ein Rückgang um zehn Prozentpunkte festzustellen (42%). In Kroatien, wo die Mitglieder des Europäischen Parlaments im Vorgriff auf den EU-Beitritt des Landes am 1. Juli 2013 im April 2013 gewählt wurden, ist der Anteil der Befragten, die mit dem Wahlverfahren vertraut sind, eindrucksvoll gestiegen (78%, +40 Prozentpunkte).

QA19.2 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen über die EU, ob diese Ihrer Meinung nach richtig oder falsch ist.

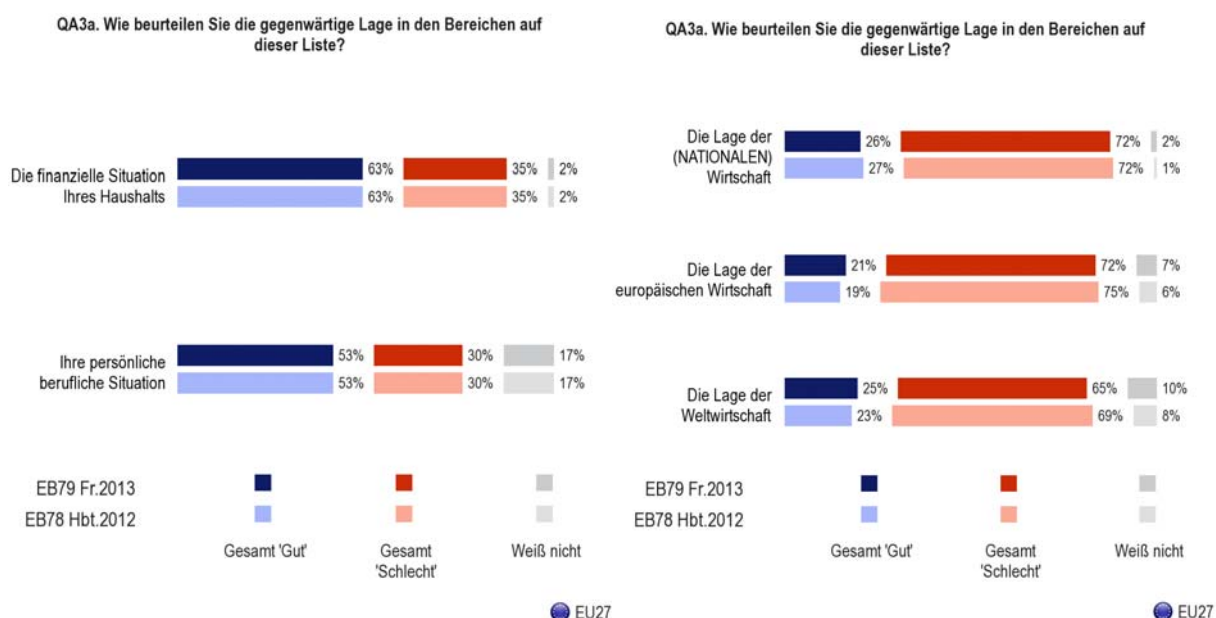
Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden direkt von den Bürgern jedes Mitgliedstaates gewählt

		Richtig	Unt. Fr.2013- Hbt.2012
	EU27	52%	=
	MT	86%	+1
	CY	83%	=
	EL	81%	-4
	BG	75%	+2
	PL	72%	+4
	LT	71%	+3
	SI	69%	+1
	DK	68%	=
	RO	67%	+5
	SK	67%	-7
	FI	67%	+3
	IE	64%	=
	LV	63%	+10
	BE	61%	+3
	SE	59%	+6
	LU	58%	-3
	HU	57%	=
	PT	55%	-1
	UK	55%	+4
	CZ	52%	=
	EE	52%	=
	AT	50%	+3
	DE	44%	+1
	IT	44%	-6
	NL	44%	+3
	ES	42%	-10
	FR	41%	=
	HR	78%	+40

III. Die europäischen Bürger und die wirtschaftliche Lage

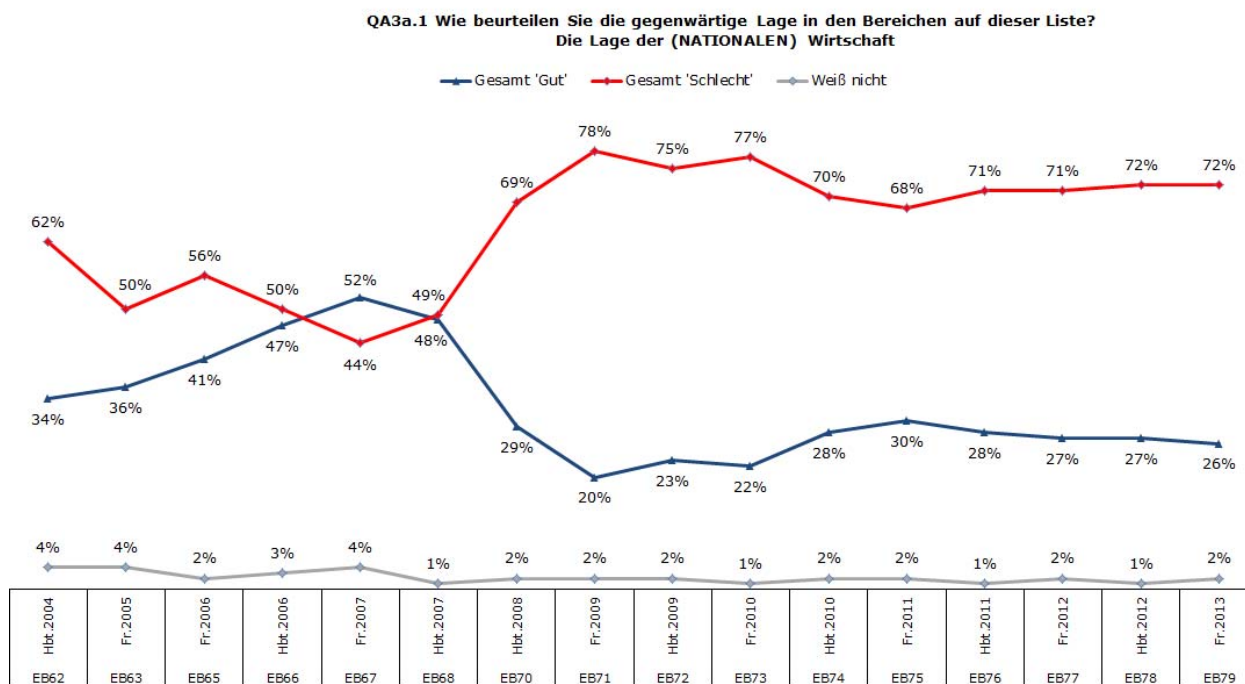
1. Bewertung der derzeitigen Lage: allgemeine und persönliche Aspekte

Die Bewertung der finanziellen Situation des eigenen Haushalts sowie der persönlichen beruflichen Situation durch die Befragten hat sich seit der letzten Umfrage vom Herbst 2012 nicht verändert, und auch im Vergleich zur Umfrage vom Herbst 2011 (EB76) sind nur marginale Veränderungen bei diesen Indikatoren zu verzeichnen. Ebenso ist die Wahrnehmung der Lage der nationalen Wirtschaft nahezu unverändert (gesamt 'gut' -1; gesamt 'schlecht' unverändert). Die Bewertung der Lage der europäischen Wirtschaft (gesamt 'gut' +2; gesamt 'schlecht' -3) und der Weltwirtschaft (+2, -4) hat sich hingegen verbessert.



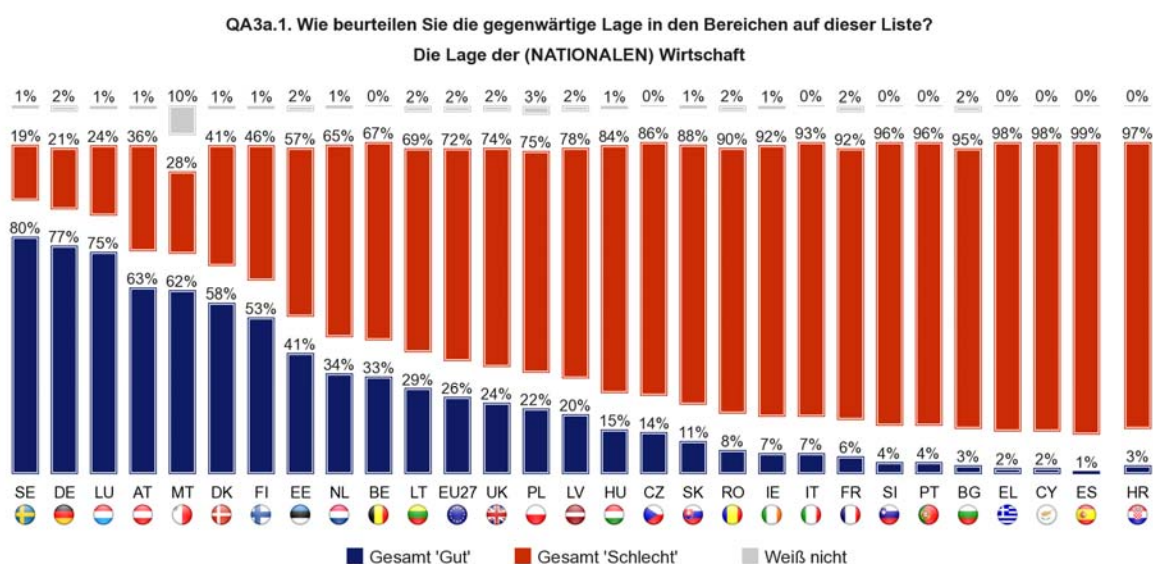
2. Die derzeitige wirtschaftliche Lage auf nationaler Ebene: Trend

Die Wahrnehmung der nationalen Wirtschaftslage ist weitgehend unverändert. Die Anzahl der positiven Beurteilungen ist folglich weiterhin sehr gering. Lediglich 26% der Europäer beurteilen die Lage ihrer nationalen Wirtschaft als 'sehr' oder 'ziemlich' gut. Was die Konstanz dieser Ergebnisse auf EU-Ebene nicht zeigt, sind bemerkenswerte Entwicklungen in einzelnen Mitgliedstaaten – und zwar in beide Richtungen.



3. Die derzeitige wirtschaftliche Lage auf nationaler Ebene: nationale Ergebnisse

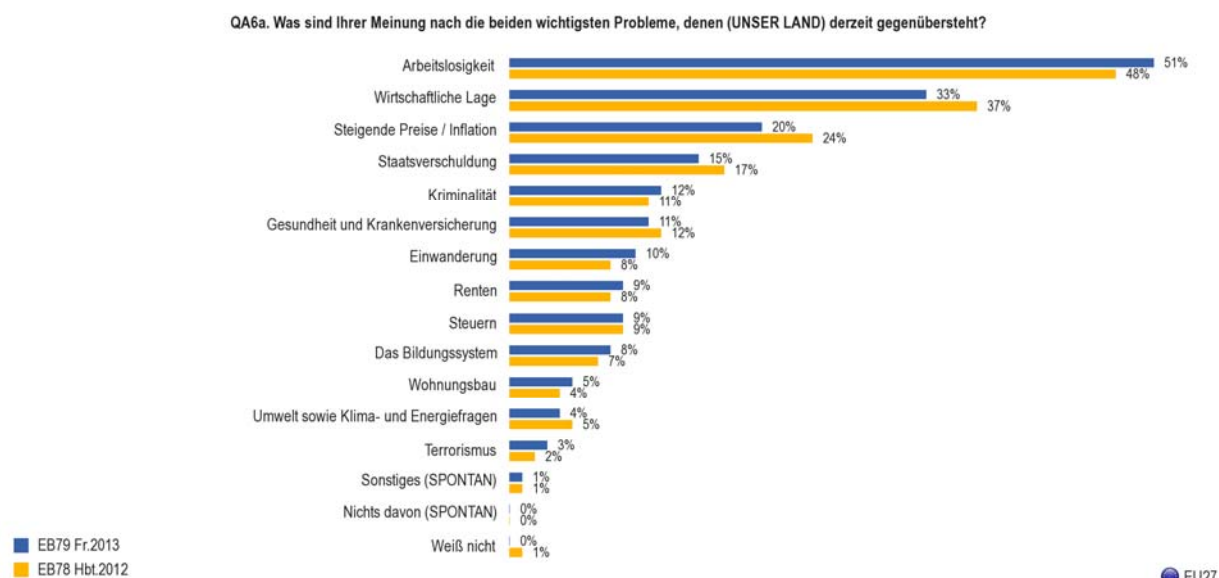
Die Wahrnehmung der aktuellen Wirtschaftslage im eigenen Land variiert zwischen den Mitgliedstaaten der EU erheblich. Während in Schweden, Deutschland und Luxemburg drei Viertel oder mehr der Befragten die wirtschaftliche Situation ihres Landes weiterhin als gut einschätzen, gibt es mittlerweile sechs Mitgliedstaaten, in denen diese Einschätzung von weniger als fünf Prozent der Befragten geteilt wird. Neben Griechenland und Spanien trifft dies aktuell auch auf Slowenien, Portugal, Bulgarien und Zypern zu. In vier weiteren Mitgliedstaaten bewerten weniger als zehn Prozent der Befragten die wirtschaftliche Lage ihres Landes als positiv: Rumänien, Irland, Italien und Frankreich. Die Kluft zwischen den Ländern, in denen die nationale wirtschaftliche Lage positiv beurteilt wird, und den Ländern, in denen dies nicht der Fall ist, hat sich noch weiter vergrößert. Aktuell liegt die größte Kluft mit 79 Prozentpunkten zwischen Schweden und Spanien, während im Herbst 2012 die größte Kluft mit 74 Prozentpunkten zwischen Schweden und Griechenland zu verzeichnen war.



IV. Die wichtigsten Probleme der Europäischen Bürger

1. Die wichtigsten Probleme auf nationaler Ebene






























Das Thema Arbeitslosigkeit ist für die Europäer nicht nur nach wie vor das wichtigste Problem auf nationaler Ebene, sondern gewinnt auch weiter an Bedeutung. Der Anteil der Befragten, die Arbeitslosigkeit als eines der beiden wichtigsten Probleme anführen, ist um drei Prozentpunkte gestiegen, sodass mittlerweile mehr als die Hälfte der Befragten dieses Problem nennen. Drei weitere Wirtschaftsfragen folgen, die jedoch im Vergleich zur letzten Umfrage vom Herbst 2012 allesamt seltener genannt werden: die wirtschaftliche Lage (33%, -4), steigende Preise (20%, -4) und Staatsverschuldung (15%, -2). Alle anderen Themenbereiche werden – wie bereits in der Herbstumfrage 2012 – von weniger als jedem achten Europäer als eines der wichtigsten nationalen Probleme angeführt. Diesbezüglich sind keine nennenswerten Veränderungen zu verzeichnen (maximale Veränderung: 1 Prozentpunkt). Das Thema Einwanderung stellt mit einem Anstieg um zwei Prozentpunkte auf insgesamt 10% die einzige Ausnahme dar.






2. Die wichtigsten Probleme auf nationaler Ebene: nationale Ergebnisse

Wirtschaftsfragen sind nach Ansicht der Befragten aller Länder die wichtigsten Probleme, denen ihr Land derzeit gegenübersteht. Mit Ausnahme von Malta, wo die Befragten das Thema Einwanderung als das größte nationale Problem ansehen (29%), handelt es sich bei dem wichtigsten Problem immer um ein Thema mit direktem Wirtschaftsbezug. Die Arbeitslosigkeit ist in 21 Ländern das am häufigsten genannte Problem und wird von mehr als sieben von zehn Befragten in Spanien (79%), auf Zypern (72%, an zweiter Stelle) und in Portugal (72%) genannt. Die Befragten auf Zypern (75%, Anstieg um zehn Prozentpunkte), in Slowenien (57%) und Rumänien (44%) nennen am häufigsten die wirtschaftliche Lage. Steigende Preise werden in Estland (51%) und Österreich (38%) als das wichtigste Problem angesehen. Deutschland ist – wie bereits im Frühjahr und Herbst 2012 – das einzige Land, in dem die Staatsverschuldung den Befragten die größte Sorge bereitet (29%), trotz eines Rückgangs um fünf Prozentpunkte.

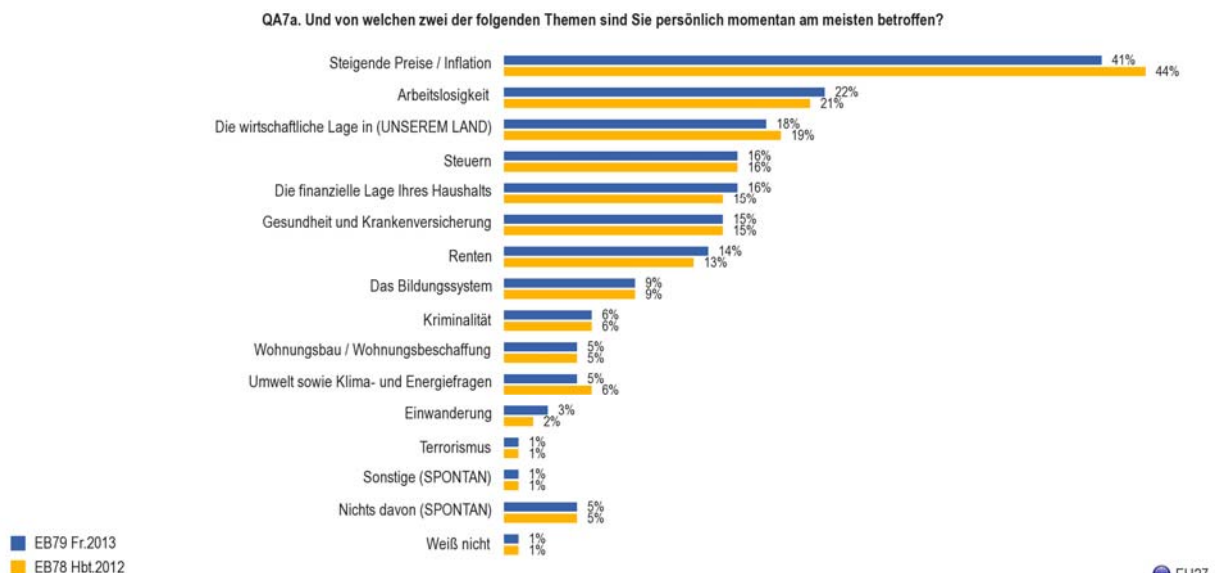
QA6a. Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht?

		Arbeitslosigkeit	Wirtschaftliche Lage	Steigende Preise / Inflation	Staatsverschuldung	Kriminalität	Gesundheit und Krankenversicherung	Einwanderung	Steuern	Renten	Das Bildungssystem	Wohnungsbau	Umwelt sowie Klima- und Energiefragen	Terrorismus
	EU27	51%	33%	20%	15%	12%	11%	10%	9%	9%	8%	5%	4%	3%
	BE	39%	29%	16%	22%	17%	4%	15%	17%	16%	3%	7%	3%	3%
	BG	63%	51%	24%	2%	15%	17%	2%	3%	8%	6%	0%	3%	1%
	CZ	44%	36%	30%	22%	14%	11%	3%	6%	14%	3%	4%	2%	1%
	DK	61%	40%	6%	5%	18%	19%	10%	5%	2%	18%	1%	9%	1%
	DE	21%	15%	24%	29%	15%	9%	14%	8%	18%	20%	6%	10%	4%
	EE	34%	31%	51%	1%	7%	25%	3%	10%	12%	10%	1%	3%	0%
	IE	67%	38%	16%	15%	16%	11%	7%	13%	1%	3%	3%	1%	1%
	EL	65%	49%	10%	19%	10%	7%	6%	17%	4%	6%	0%	0%	1%
	ES	79%	50%	7%	7%	4%	12%	2%	6%	4%	6%	7%	0%	1%
	FR	66%	33%	17%	12%	19%	5%	8%	5%	11%	6%	10%	4%	2%
	IT	58%	42%	22%	13%	6%	3%	4%	23%	5%	2%	2%	1%	1%
	CY	72%	75%	3%	13%	8%	1%	4%	3%	1%	2%	1%	1%	1%
	LV	55%	38%	16%	5%	5%	17%	9%	21%	12%	6%	3%	0%	1%
	LT	46%	28%	36%	7%	15%	7%	11%	26%	5%	4%	1%	3%	0%
	LU	43%	21%	22%	10%	13%	5%	13%	9%	8%	16%	25%	4%	1%
	HU	60%	39%	24%	20%	14%	10%	2%	4%	6%	3%	4%	2%	1%
	MT	17%	28%	24%	24%	6%	10%	29%	5%	11%	8%	3%	22%	1%
	AT	31%	30%	38%	17%	8%	12%	12%	8%	12%	12%	8%	7%	1%
	NL	51%	50%	7%	10%	11%	35%	4%	5%	8%	6%	5%	5%	1%
	PL	69%	25%	34%	8%	5%	15%	3%	4%	9%	2%	3%	1%	2%
	PT	72%	40%	24%	17%	3%	7%	1%	14%	8%	3%	0%	0%	1%
	RO	33%	44%	35%	7%	19%	21%	2%	9%	11%	6%	4%	1%	1%
	SI	49%	57%	10%	24%	26%	4%	1%	14%	5%	1%	1%	1%	1%
	SK	59%	34%	36%	9%	8%	18%	0%	8%	10%	6%	4%	0%	0%
	FI	47%	24%	20%	22%	7%	37%	5%	10%	9%	3%	5%	6%	0%
	SE	65%	17%	1%	1%	10%	29%	13%	2%	4%	32%	5%	19%	0%
	UK	36%	23%	10%	19%	18%	13%	32%	7%	7%	8%	7%	4%	8%
	HR	76%	48%	17%	13%	21%	3%	1%	3%	5%	1%	2%	0%	0%

 Am häufigsten erwähnte Antwort
 Am zweithäufigsten erwähnte Antwort
 Am dritthäufigsten erwähnte Antwort

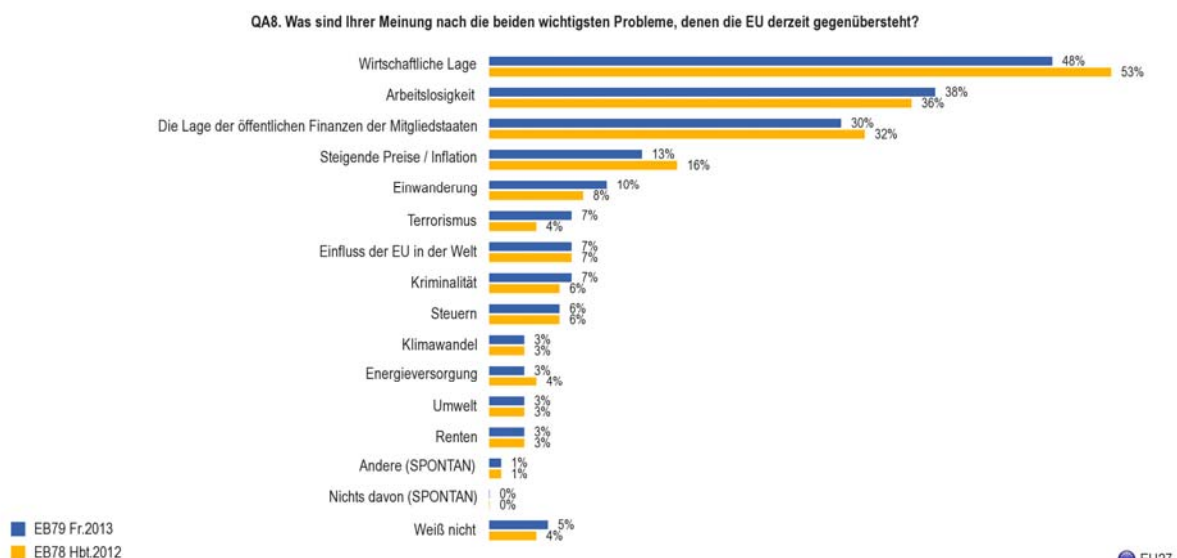
3. Die wichtigsten Probleme auf persönlicher Ebene

Steigende Preise und Inflation sind trotz eines Rückgangs um drei Prozentpunkte nach wie vor das mit Abstand wichtigste persönliche Problem der europäischen Bürger (41%). Auf den nächsten vier Plätzen der wichtigsten Probleme folgen ebenfalls Themen finanzieller und wirtschaftlicher Art: Arbeitslosigkeit (22%, +1), die nationale wirtschaftliche Lage (18%, -1), Steuern (16%, unverändert) und die finanzielle Lage des eigenen Haushalts (16%, +1).



4. Die wichtigsten Probleme auf europäischer Ebene: Entwicklungen

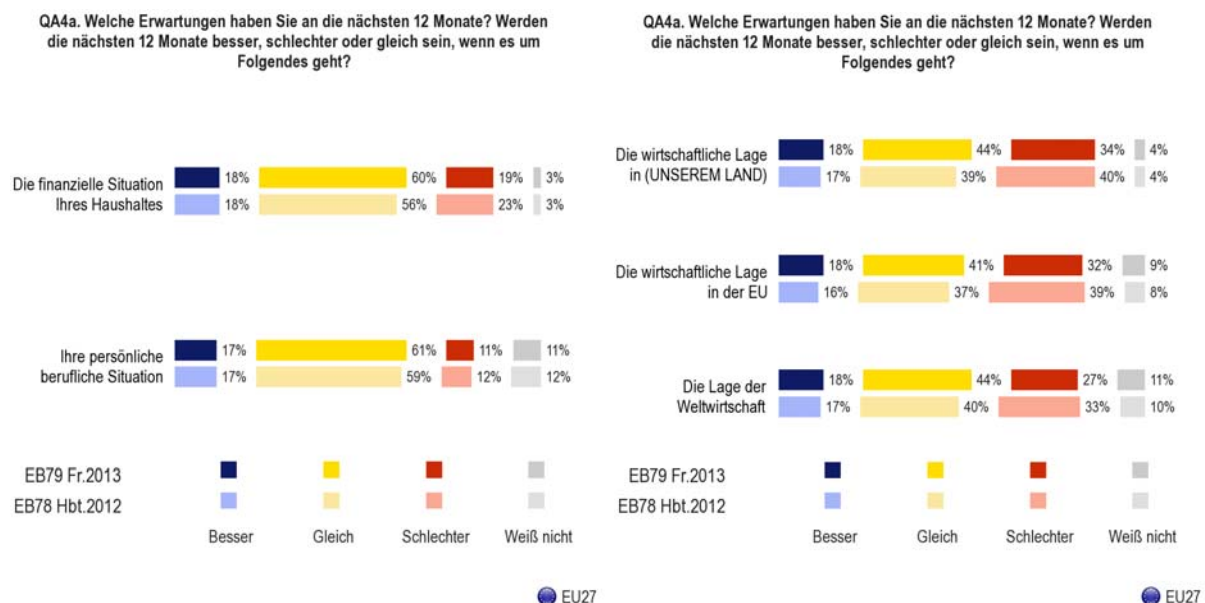
Obwohl die wirtschaftliche Lage von den europäischen Bürgern nach wie vor als das wichtigste Problem (48%) angesehen wird, dem die EU derzeit gegenübersteht, ist diesbezüglich ein Rückgang um fünf Prozentpunkte seit Herbst 2012 zu verzeichnen. Beim Thema Arbeitslosigkeit (38%) ist hingegen eine entgegengesetzte Entwicklung und ein Anstieg um zwei Prozentpunkte zu beobachten. Die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten rangiert weiterhin auf Platz drei der wichtigsten Probleme der EU (30%, -2).



5. Erwartungen an die nächsten zwölf Monate: allgemeine und persönliche Aspekte

Während sich die Selbstwahrnehmung der persönlichen Situation der Europäer nicht verändert hat, ist ein gewisser Positivtrend bei den kurzfristigen Erwartungen festzustellen. Zwar ist der Anteil der Befragten, die optimistische Erwartungen an die unmittelbare Zukunft haben, nahezu unverändert, allerdings ist der Anteil der Befragten mit pessimistischen Erwartungen rückläufig. Obwohl eine große Mehrheit der Befragten nach wie vor der Meinung ist, dass die nächsten zwölf Monate in Bezug auf die finanzielle Situation ihres Haushalts (60%, +4 Prozentpunkte) und ihre persönliche berufliche Situation (61%, +2) keine Veränderungen bringen werden, erwarten aktuell weniger Befragte, dass sich ihre Situation in den beiden genannten Bereichen verschlechtern wird (19%, -4 bzw. 11%, -1).

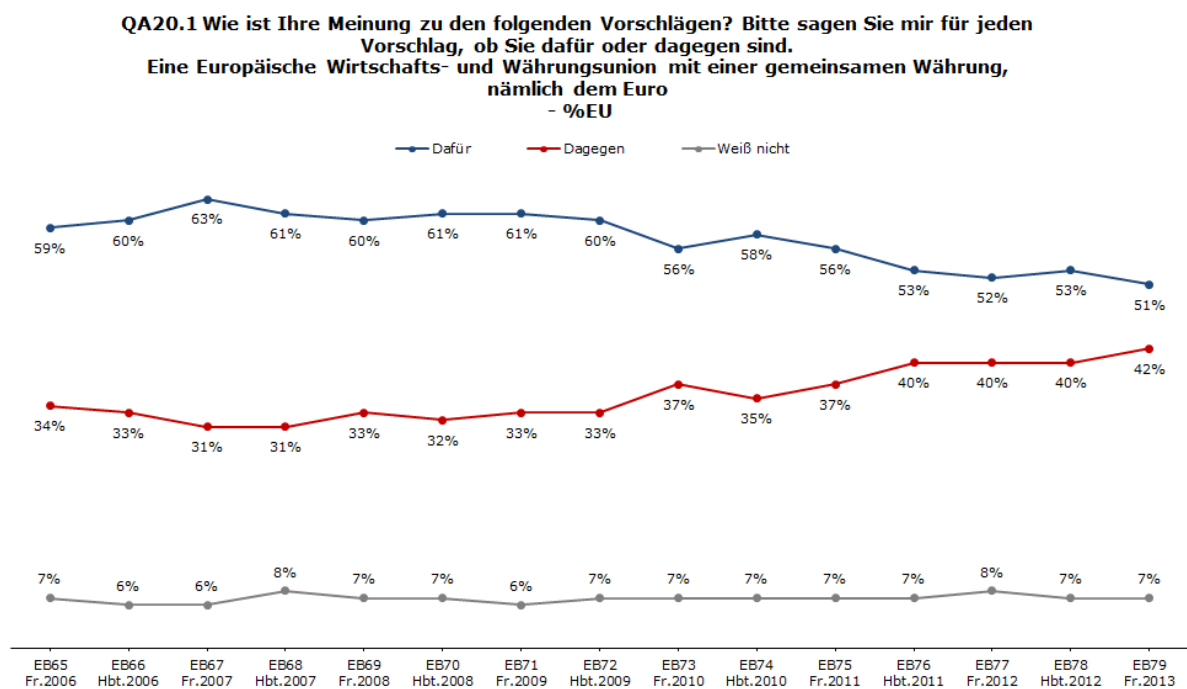
Noch deutlicher, und zwar auf allen Ebenen, zeigt sich dieses Phänomen – Anstieg des Anteils „gleich“ bei gleichzeitigem Rückgang des Anteils „schlechter“ – bei der Frage nach der wirtschaftlichen Lage: wirtschaftliche Lage auf nationaler Ebene („gleich“ 44%, +5; „schlechter“ 34%, -6), auf EU-Ebene („gleich“ 41%, +4; „schlechter“ 32%, -7) und auf globaler Ebene („gleich“ 44%, +4; „schlechter“ 27%, -6).



V. Die Krise

1. Unterstützung für eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro als gemeinsame Währung: Trend

Eine Mehrheit der Europäer befürwortet eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro als gemeinsame Währung (51%, -2 Prozentpunkte seit Herbst 2012); 42% sind dagegen (+2).

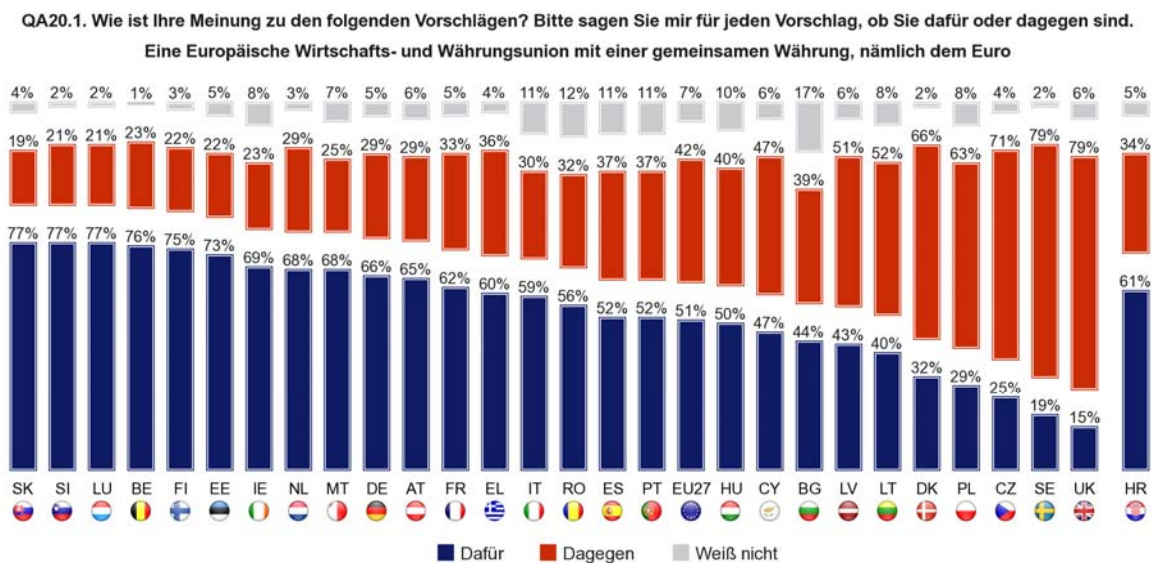


2. Unterstützung für eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro als gemeinsame Währung: nationale Ergebnisse und Entwicklungen

Das diesbezügliche Ausmaß der Unterstützung ist innerhalb (62%, -4) und außerhalb (29%, -1) der Eurozone nach wie vor höchst unterschiedlich.

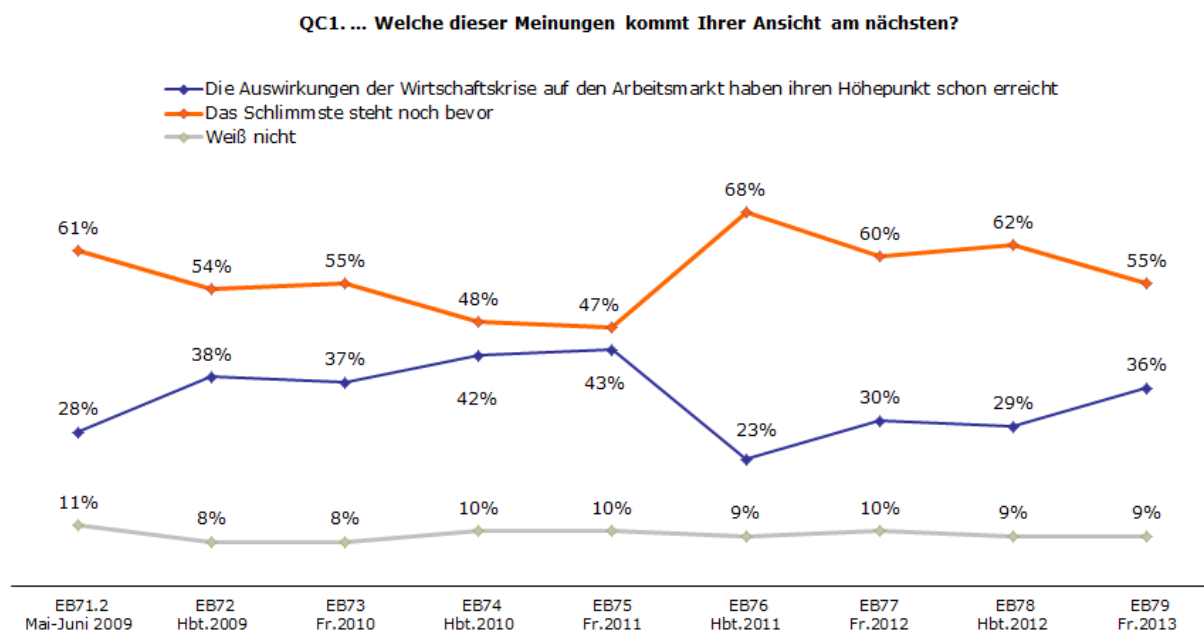
Im Ländervergleich zeigen sich mitunter deutliche Unterschiede bei der Befürwortung des Euro in den einzelnen Mitgliedstaaten. Während in der Slowakei (77%), in Slowenien (77%), Luxemburg (77%), Belgien (76%) und Finnland (75%) drei Viertel oder mehr der Befragten die gemeinsame Währung befürworten, trifft dies in der Tschechischen Republik (25%), Schweden (19%) und im Vereinigten Königreich (15%) nur auf ein Viertel oder weniger der Befragten zu.

Am stärksten gestiegen ist die Unterstützung für den Euro in Lettland, (+8 Prozentpunkte auf 43%), Belgien (+7 Prozentpunkte auf 76%) und Kroatien (+9 Prozentpunkte auf 61%), am stärksten gesunken hingegen in Polen (-7 auf 29%), Frankreich (-7 auf 62%), den Niederlanden (-7 auf 68%) und Spanien (-11 auf 52%).



3. Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt: Trend

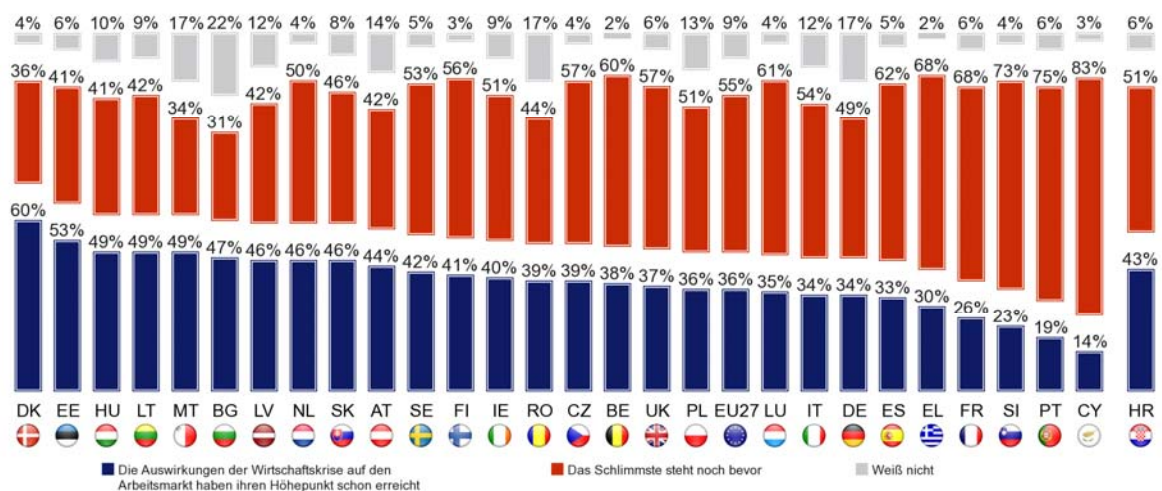
Die Ansicht, dass die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt schon erreicht haben, ist im Vergleich zum Herbst 2012 deutlich weiter verbreitet: Insgesamt sind aktuell mehr als ein Drittel der Europäer der Meinung, dass dies der Fall ist (36%, +7 Prozentpunkte). Dies ist der höchste Stand seit der Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2011 (EB75). Obwohl eine absolute Mehrheit der Befragten nach wie vor der Ansicht ist, dass „das Schlimmste noch bevorsteht“ (55%, -7), ist diese Meinung aktuell weniger verbreitet.



4. Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt: nationale Ergebnisse und Entwicklungen

Bei der Frage, ob die schlimmsten Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt noch bevorstehen, sind erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern zu verzeichnen. In 19 Ländern ist eine Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht, darunter mehr als zwei Drittel der Befragten auf Zypern (83%), in Portugal (75%), Slowenien (73%), Griechenland (68%) und Frankreich (68%). In Bulgarien wird diese Ansicht von weniger als einem Drittel der Befragten (31%) geteilt. In acht EU-Mitgliedstaaten ist eine Mehrheit der Befragten der Meinung, dass die Auswirkungen der Krise ihren Höhepunkt bereits erreicht haben. In der Slowakei ist die Öffentlichkeit bei dieser Frage geteilter Meinung (46% gegenüber 46%).






























QC1. Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?



In nicht weniger als 24 Mitgliedstaaten der EU ist der Anteil der Befragten gestiegen, die der Meinung sind, dass die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt bereits erreicht haben. Die höchsten diesbezüglichen Zuwachsraten sind in Schweden (+18 Prozentpunkte auf 42%), Belgien (+17, 38%) und in der Slowakei (+16, 46%) zu beobachten.

Die Befragten außerhalb der Eurozone sind nach wie vor mit einer höheren Wahrscheinlichkeit als die Befragten in der Eurozone der Meinung, dass die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt bereits erreicht haben (40% bzw. 33%). Dennoch ist der Anteil der Befragten, die diese Meinung vertreten, in beiden Gebieten gestiegen (jeweils +6 seit Herbst 2012).

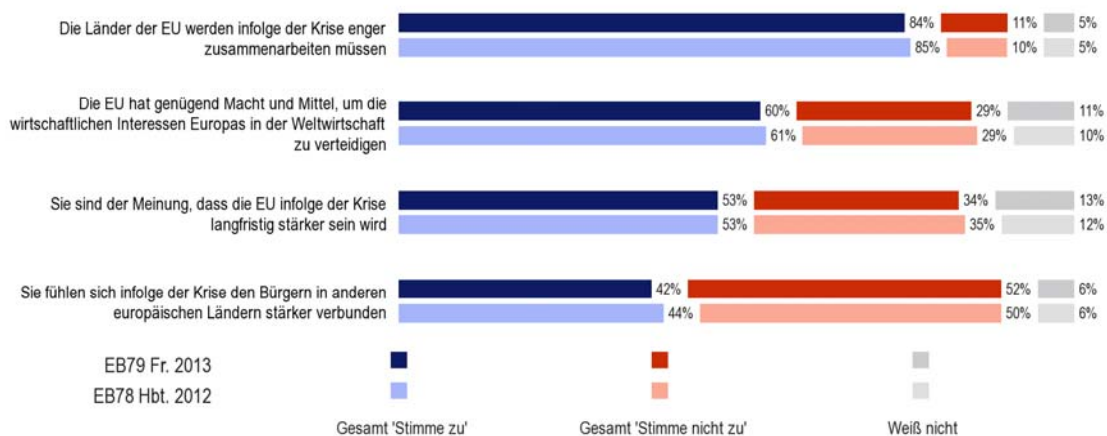
QC1. Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?

		Das Schlimmste steht noch bevor	Unt. Fr.2013 - Hbt.2012	Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht	Unt. Fr.2013 - Hbt.2012	Weiß nicht	Unt. Fr.2013 - Hbt.2012
	EU27	55%	-7	36%	+7	9%	=
	EUROZONE	58%	-6	33%	+6	9%	=
	NICHT-EUROZONE	50%	-8	40%	+6	10%	+2
	SI	73%	+2	23%	-2	4%	=
	FR	68%	=	26%	+1	6%	-1
	IE	51%	-2	40%	+2	9%	=
	AT	42%	-2	44%	=	14%	+2
	BG	31%	-2	47%	-2	22%	+4
	IT	54%	-3	34%	+4	12%	-1
	CZ	57%	-4	39%	+6	4%	-2
	EE	41%	-4	53%	+5	6%	-1
	PT	75%	-4	19%	+1	6%	+3
	UK	57%	-5	37%	+5	6%	=
	CY	83%	-5	14%	+5	3%	=
	LV	42%	-5	46%	+4	12%	+1
	PL	51%	-6	36%	+4	13%	+2
	RO	44%	-6	39%	+2	17%	+4
	FI	56%	-10	41%	+10	3%	=
	EL	68%	-10	30%	+10	2%	=
	DE	49%	-10	34%	+7	17%	+3
	NL	50%	-11	46%	+13	4%	-2
	LU	61%	-12	35%	+13	4%	-1
	MT	34%	-12	49%	+12	17%	=
	ES	62%	-12	33%	+11	5%	+1
	HU	41%	-12	49%	+10	10%	+2
	DK	36%	-13	60%	+13	4%	=
	LT	42%	-13	49%	+12	9%	+1
	SK	46%	-16	46%	+16	8%	=
	BE	60%	-18	38%	+17	2%	+1
	SE	53%	-19	42%	+18	5%	+1
	HR	51%	-17	43%	+15	6%	+2

5. Die Auswirkungen der Krise auf die Europäische Union

Die öffentliche Meinung der Europäer zu den Auswirkungen der Krise auf die Europäische Union und ihre Bürger hat sich nur geringfügig verändert. Wie bereits im Herbst 2012 ist eine große Mehrheit der Europäer der Ansicht, dass die Länder der EU infolge der Krise enger zusammenarbeiten werden müssen (84%, -1 Prozentpunkt). Mehr als die Hälfte der Europäer ist darüber hinaus der Meinung, dass die EU infolge der Krise langfristig stärker sein wird (53%, unverändert). Das Gefühl einer stärkeren Verbundenheit mit den Bürgern in anderen europäischen Ländern infolge der Krise ist aktuell weniger ausgeprägt (42%, -2). Allerdings ist nach wie vor eine solide Mehrheit der EU-Bürger der Meinung, dass die EU genügend Macht und Mittel besitzt, um die wirtschaftlichen Interessen Europas in der Weltwirtschaft zu verteidigen (60%, -1 gegenüber Herbst 2012 und -3 gegenüber Frühjahr 2012).

QC4a. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.



EU27

6. Auf welcher Ebene kann die Krise am wirksamsten bekämpft werden?

Das Ranking der Akteure, die nach Meinung der Befragten am besten in der Lage sind, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ergreifen, ist seit Herbst 2012 unverändert. Die EU wird trotz eines Rückgangs um einen Prozentpunkt weiterhin als der Akteur angesehen, der dazu am besten in der Lage ist (22%, -1), dicht gefolgt von der nationalen Regierung (21%, +1). Die G20 (13%, -1), der IWF, (13%, unverändert) und die Vereinigten Staaten (8%, unverändert) werden weiterhin seltener genannt.

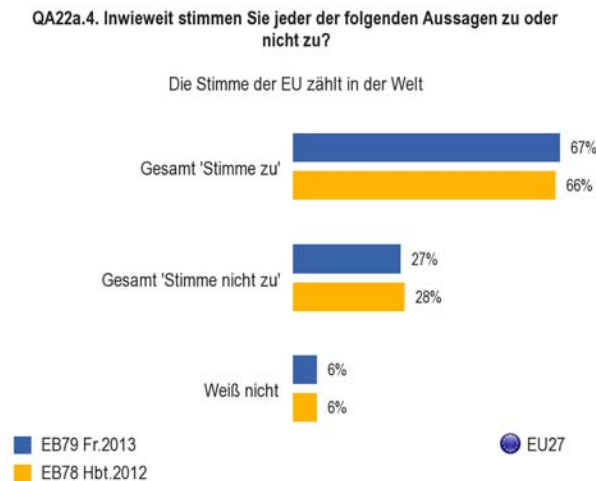
QC3a. Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ergreifen?



EU27

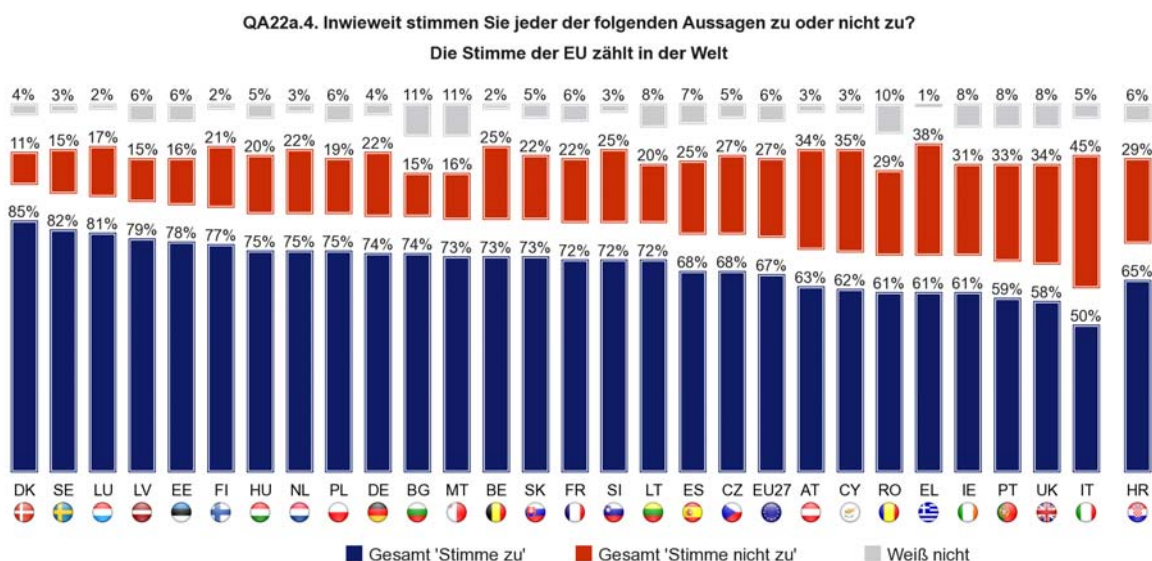
7. Die Stimme der EU zählt in der Welt: Trend

Obwohl mehr als zwei Drittel der Europäer der Meinung sind, dass ihre Stimme in der EU nicht zählt, stimmt ein exakt gleich hoher Anteil der Aussage zu, dass die Stimme der EU in der Welt zählt (67% gegenüber 27%, die der Aussage nicht zustimmen). Die diesbezügliche öffentliche Meinung ist im Vergleich zum Herbst 2012 nahezu unverändert (66% stimmen zu und 28% stimmen nicht zu).



8. Die Stimme der EU zählt in der Welt: nationale Ergebnisse

Die Bürger haben keine Zweifel am weltweiten Einfluss der EU. In allen Mitgliedstaaten stimmt eine absolute Mehrheit der Befragten der Aussage zu, dass die Stimme der EU in der Welt zählt. In Dänemark (85%), Schweden (82%), Luxemburg (81%), Lettland (79%), Estland (78%), Finnland (77%) sowie in Ungarn, den Niederlanden und Polen (jeweils 75%) stimmen mindestens zwei Drittel der Bevölkerung dieser Aussage zu. In Portugal (59%), im Vereinigten Königreich (58%) und in Italien (50%) ist diese Ansicht deutlich weniger stark verbreitet, wenngleich der Aussage auch in diesen Ländern von einer Mehrheit der Befragten zugestimmt wird.



VI. Europa 2020

1. Die Bedeutung, die den Initiativen der Strategie Europa 2020 beigemessen wird

Eine absolute Mehrheit der Europäer hält die sieben Initiativen der Strategie Europa 2020 für wichtig. Der Anteil der Befragten, die die einzelnen Initiativen als 'wichtig' einstufen, reicht von 80% in Bezug auf die Initiative „Modernisierung des Arbeitsmarktes, mit dem Ziel, das Beschäftigungsniveau zu erhöhen“ bis 50% bei der Initiative „Weiterentwicklung der Internet- und IT-Wirtschaft durch Ausbau extrem schneller Internetverbindungen innerhalb der EU.“ Bei zwei der sieben abgefragten Initiativen ist gegenüber der Umfrage vom Herbst 2012 (EB78) keine Veränderung der öffentlichen Meinung bei der Beurteilung der Wichtigkeit zu verzeichnen. In Bezug auf die fünf anderen Initiativen ist zu beobachten, dass die Wichtigkeit, die den Initiativen in der Öffentlichkeit beigemessen wird, leicht gesunken ist (um 2 Prozentpunkte). Bei Betrachtung der langfristigen Entwicklung der öffentlichen Meinung seit Einführung dieser Frage im Rahmen der Standard-Eurobarometer-Umfrage im Frühjahr 2010 (EB73 zum Zeitpunkt der Einführung der Europa-2020-Strategie⁷) kann jedoch festgestellt werden, dass die Bedeutung, die diesen Initiativen beigemessen wird, insgesamt zugenommen hat (zwischen +2 und +4). Lediglich zur Initiative „Unterstützung einer Wirtschaft, die weniger natürliche Ressourcen verbraucht und weniger Treibhausgase ausstößt“ konnten in diesem Zeitraum keine Veränderungen beobachtet werden.

Mehr als drei Viertel der Europäer sind der Meinung, dass es wichtig ist, „den Arbeitsmarkt mit dem Ziel zu modernisieren, das Beschäftigungsniveau zu erhöhen“ (80%, unverändert gegenüber Herbst 2012) und „Menschen zu unterstützen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, und ihnen die Möglichkeit zu geben, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben“ (78%, -2), damit die EU aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist.

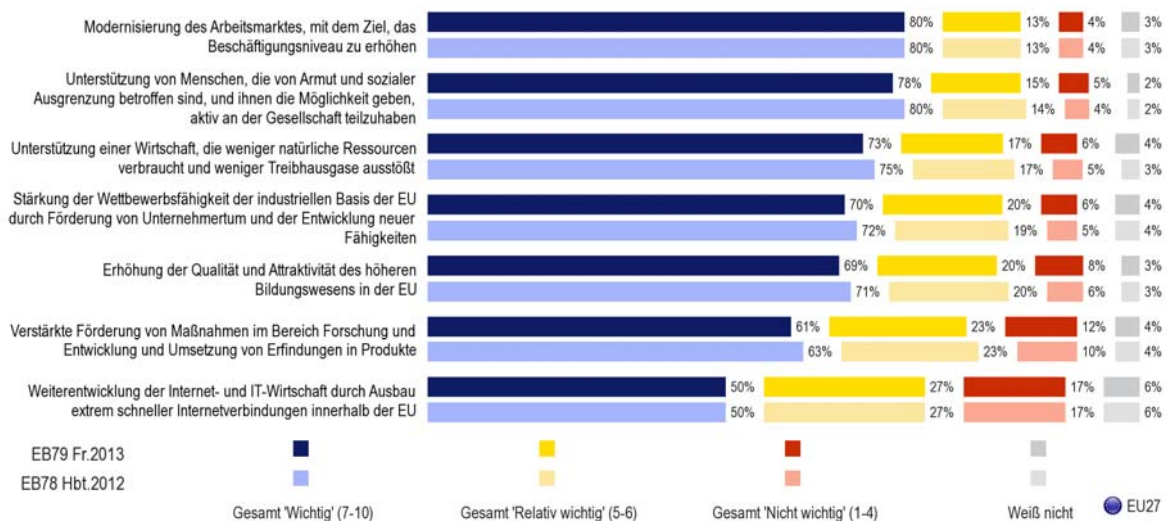
⁷ Im März 2010 hat die Europäische Kommission die Strategie Europa 2020 auf den Weg gebracht, um die europäische Wirtschaft auf die wichtigsten Themen und Herausforderungen des Jahrzehnts 2010-2020 vorzubereiten.

http://ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm

Darüber hinaus sind mehr als zwei Drittel der Europäer der Ansicht, dass es wichtig ist, „eine Wirtschaft zu unterstützen, die weniger natürliche Ressourcen verbraucht und weniger Treibhausgase ausstößt“ (73%, -2), „die Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Basis der EU durch Förderung von Unternehmertum und der Entwicklung neuer Fähigkeiten zu stärken“ (70%, -2) und „die Qualität und Attraktivität des höheren Bildungswesens in der EU zu erhöhen“ (69%, -2).

Trotz eines Rückgangs um zwei Prozentpunkte sind 61% der Europäer weiterhin der Meinung, dass es wichtig ist, „Maßnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung und die Umsetzung von Erfindungen in Produkte verstärkt zu fördern“. Bei der Unterstützung für die Initiative „Weiterentwicklung der Internet- und IT-Wirtschaft durch Ausbau extrem schneller Internetverbindungen innerhalb der EU“ ist keine Veränderung zu verzeichnen (50%, =).

QB1. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Initiativen, für wie wichtig oder unwichtig Sie diese halten, damit die EU aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist. Nutzen Sie dafür bitte eine Skala von 1 bis 10, wobei '1' bedeutet, dass Sie diese Initiative für "überhaupt nicht wichtig" halten und '10', dass diese Ihrer Meinung nach "sehr wichtig" ist.



2. Die Ziele von Europa 2020

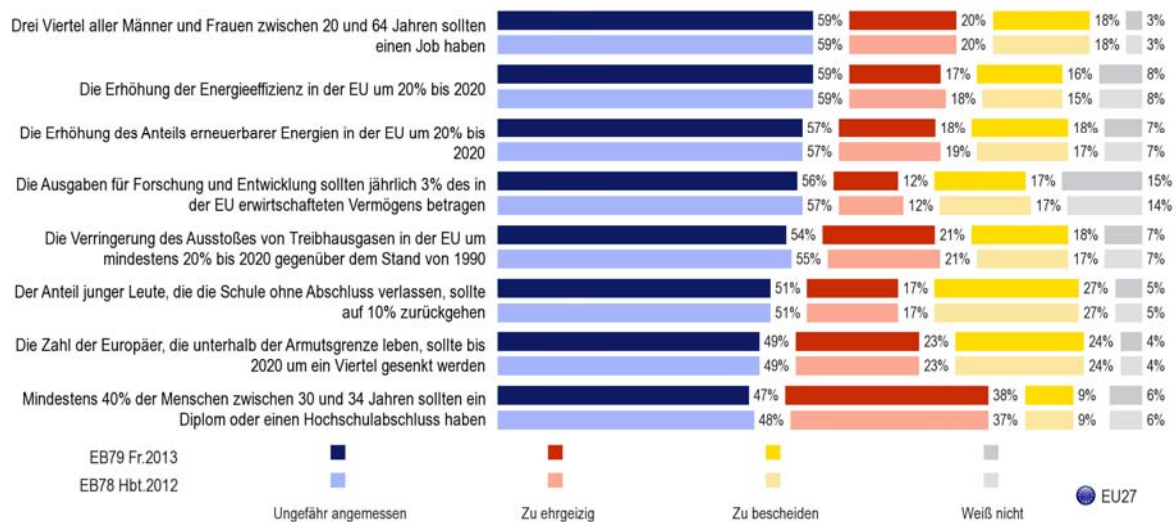
Alle Ziele im Rahmen der Strategie Europa 2020 werden von einer Mehrheit der Europäer als „ungefähr angemessen“ erachtet, in den meisten Fällen sogar von einer absoluten Mehrheit.

Wie bereits im Herbst 2012 werden die beiden folgenden Ziele als die realistischsten angesehen: „drei Viertel aller Männer und Frauen zwischen 20 und 64 Jahren sollten einen Job haben“ (59%, =) und „die Erhöhung der Energieeffizienz um mindestens 20% bis 2020“ (59%, =). Dahinter folgen „die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien in der EU um 20% bis 2020“ (57%, =), „die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollten jährlich 3% des in der EU erwirtschafteten Vermögens betragen“ (56%, -1) und „die Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen in der EU um mindestens 20% bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990“ (54%, -1).

Rund die Hälfte der Europäer hält die Ziele für angemessen, dass „der Anteil junger Leute, die die Schule ohne Abschluss verlassen, auf 10% zurückgehen sollte“ (51%, =) und dass „die Zahl der Europäer, die unterhalb der Armutsgrenze leben, bis 2020 um ein Viertel gesenkt werden sollte“ (49%, =).

Schließlich sind 47% der Europäer der Meinung, dass „mindestens 40% der jüngeren Generation ein Diplom oder einen Hochschulabschluss haben sollten“ (-1 seit Herbst 2012).

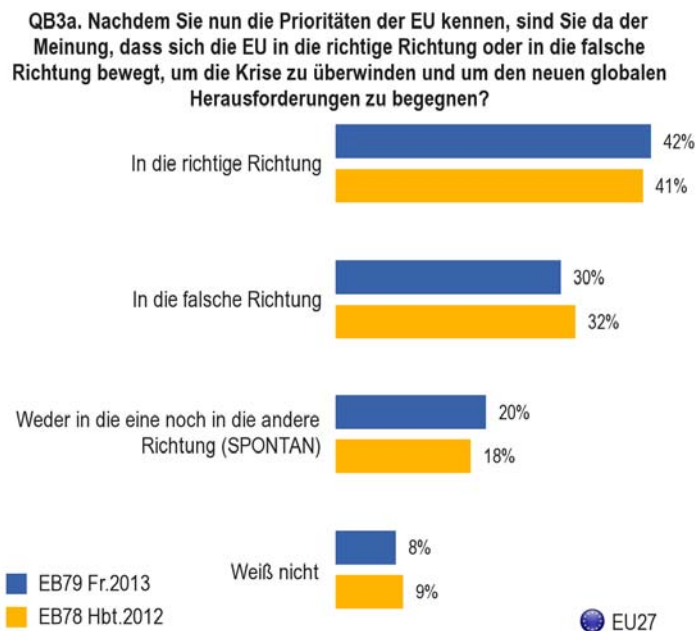
QB2. Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der EU erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.



3. Gesamteindruck

Die europäischen Bürger sind nach wie vor der Meinung, dass sich die EU „in die richtige Richtung“ bewegt, um die Krise zu überwinden und um den neuen globalen Herausforderungen zu begegnen (42%, +1 Prozentpunkt seit Herbst 2012). Umgekehrt sind drei von zehn Europäern der Ansicht, dass sich die EU „in die falsche Richtung“ bewegt (30%, -2). Jeder fünfte Befragte hat *spontan* „weder in die eine noch in die andere Richtung“ angegeben (20%, +2) und 8% (-1) „weiß nicht“.

Der Eindruck, dass sich die EU in die richtige Richtung bewegt, ist außerhalb der Eurozone weiterhin deutlich weiter verbreitet (50%, +1, gegenüber 26%, -3) als innerhalb der Eurozone (37%, unverändert, gegenüber 32%, -1).



FAZIT

Die Ergebnisse der vorliegenden Standard-Eurobarometer-Umfrage, die im Mai 2013, im Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger, durchgeführt wurde, zeigen, dass sich eine deutliche Mehrheit der Europäer als Bürger der EU fühlt. Beim Thema Unionsbürgerrechte zeigt sich hingegen ein heterogenes Bild: Mehr als die Hälfte der Europäer ist sich ihrer Rechte als Unionsbürger nicht bewusst, gleichwohl gibt eine beträchtliche Minderheit an, ihre Rechte zu kennen. Der Wunsch, mehr über diese Rechte zu erfahren, ist weit verbreitet: Fast sechs von zehn EU-Bürgern würden gerne mehr über dieses Thema wissen. Im Vergleich zur Umfrage vom Frühjahr 2010 ist der Anteil an Befragten, die ein Interesse an mehr Informationen über die Rechte von Unionsbürgern bekunden, jedoch rückläufig. Der freie Verkehr von Personen, Gütern und Dienstleistungen innerhalb der EU sowie der Frieden zwischen den Mitgliedstaaten der EU werden nach wie vor als die positivsten Errungenschaften der EU angesehen – mit deutlichem Abstand zu den anderen Vorteilen.

Die Indikatoren für die Unterstützung der Europäischen Union sind insgesamt stabil. Das Image der EU hat sich seit Herbst 2012 nicht verändert. Der Anteil der europäischen Bürger, die ein positives Bild von der EU haben, ist nach wie vor geringfügig höher als der Anteil an Befragten, die ein negatives Bild haben. Das Vertrauen in die EU ist zwar insgesamt leicht gesunken, allerdings ist das Maß an Vertrauen in die EU noch immer höher als das Vertrauen in die nationalen Regierungen und Parlamente. Eine Mehrheit der Bürger sieht die Zukunft der Europäischen Union optimistisch. Ein Jahr vor den Europawahlen 2014 ist der Hälfte der EU-Bürger bekannt, dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments direkt von den Bürgern der einzelnen Mitgliedstaaten gewählt werden. Neun von zehn europäischen Bürgern haben schon einmal vom Europäischen Parlament gehört, der Einrichtung, deren Mitglieder sie im Mai 2014 wählen werden.

Eine große Mehrheit der Europäer beurteilt die derzeitige wirtschaftliche Lage sowohl auf nationaler als auch auf europäischer und globaler Ebene nach wie vor als schlecht. Im Ländervergleich ist diesbezüglich eine erhebliche Kluft zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu verzeichnen, die sich seit Herbst 2012 eher noch vergrößert hat. Im Gegensatz dazu haben sich die Erwartungen an die nächsten zwölf Monate im Vergleich zum Herbst 2012 verbessert. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Wirtschaftssituation, aber auch – wenngleich in geringerem Maße – für die persönliche Situation.

Die deutlichste Verbesserung der öffentlichen Meinung ist bei der Wahrnehmung der Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt zu verzeichnen. Der Anteil an Befragten, die der Meinung sind, dass die Auswirkungen ihren Höhepunkt bereits erreicht haben, ist deutlich gestiegen und hat sich dem Niveau vom Frühjahr 2010 angenähert. Der Euro wird von einer absoluten Mehrheit der Europäer befürwortet, und die Europäische Union wird nach wie vor als der Akteur angesehen, der am besten in der Lage ist, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Krise zu ergreifen.

Die anhaltend hohe Bedeutung, die den Zielen der Strategie Europa 2020 durch die Öffentlichkeit beigemessen wird, lässt darauf schließen, dass die Bürger mit der Europäischen Union in Bezug auf die Ergreifung von Maßnahmen zur Überwindung der Krise einer Meinung sind. Darüber hinaus ist eine relative Mehrheit der europäischen Bürger der Ansicht, dass sich die EU in die richtige Richtung bewegt, um die Krise zu überwinden und den neuen Herausforderungen zu begegnen.

STANDARD-EUROBAROMETER 79

Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN

Zwischen dem 10. Mai und dem 26. Mai 2013, hat TNS Opinion & Social, ein Konsortium aus TNS plc und TNS opinion, im Auftrag der EUROPÄISCHEN KOMMISSION, Generaldirektion Kommunikation, Referat „Forschung und Verfassen von Reden“, die EUROBAROMETER-Umfragewelle 79.3 durchgeführt.

Die EUROBAROMETER-Umfragewelle 79.3 ist die STANDARD EUROBAROMETER 79 Umfrage und deckt die Gruppe der mindestens 15-jährigen Personen ab, die über die Nationalität eines EU-Mitgliedsstaates verfügen und in einem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihren Wohnsitz haben.

Die STANDARD EUROBAROMETER 79 Umfrage wurde außerdem in den sechs Bewerberländern (Kroatien, Türkei, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro und Serbien) sowie in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft durchgeführt. In diesen Ländern wurden die einheimische Bevölkerung und die Bürger aller EU-Mitgliedsländer befragt, die ihren Wohnsitz in diesen Ländern haben und eine der Landessprachen ausreichend beherrschen, um den Fragebogen beantworten zu können.

In den einzelnen Ländern wurden jeweils mit einer zur Bevölkerungszahl (um jeweils das gesamte Land abzudecken) und Bevölkerungsdichte proportionalen Wahrscheinlichkeit mehrere Erhebungspunkte durch Ziehung ermittelt.

Zu diesem Zweck wurden aus den "regionalen Verwaltungseinheiten" nach einer Schichtung pro Einzeleinheit und nach Regionstypen, diese Erhebungspunkte systematisch durch Ziehung ermittelt. Sie repräsentieren so das Gesamtgebiet des an der Studie teilnehmenden Landes, nach EUROSTAT-NUTS II (oder entsprechendem) und nach der Verteilung der nationalen Wohnbevölkerung in Bezug auf großstädtische Ballungszentren sowie städtische und ländliche Gebiete. Für jeden der Erhebungspunkte wurde nach dem Zufallsprinzip eine Ausgangsadresse gezogen. Die weiteren Adressen (jede n-te Adresse) wurden daraufhin ausgehend von der Ausgangsadresse nach einem Random-Route-Verfahren ausgewählt. In jedem Haushalt wurde dann der Befragte nach einem Zufallsprinzip bestimmt (nach der Regel des „zeitlich am nächsten liegenden Geburtstags“). Alle Interviews wurden von Angesicht zu Angesicht mit dem Befragten und in der jeweiligen Landessprache durchgeführt. Was die Technik der Datensammlung betrifft, wurde in allen Ländern, in denen dies möglich war, das CAPI-System (Computer Assisted Personal Interview) eingesetzt.

In jedem Land wurde ein Vergleich der Stichprobe mit der Grundgesamtheit durchgeführt. Die Beschreibung der Grundgesamtheit basiert auf den Bevölkerungsdaten von EUROSTAT bzw. den von den nationalen Statistik-Instituten stammenden Daten. Für alle von der Studie abgedeckten Länder wurde auf der Basis dieser Beschreibung der Grundgesamtheit ein Verfahren zur nationalen Gewichtung ausgearbeitet (unter Einbeziehung von Marginal- und Kreuzgewichtungen). In allen Ländern wurden das Geschlecht, das Alter, die Regionen und die Siedlungsgröße in das Iterationsverfahren einbezogen. Für die internationale Gewichtung (z.B. EU-Mittelwerte) hat TNS Opinion & Social auf die offiziellen, von EUROSTAT oder den nationalen Statistik-Instituten herausgegebenen Zahlen zurückgegriffen. Die vollständigen Bevölkerungszahlen, die in dieses Verfahren der nachträglichen Gewichtung eingeflossen sind, sind unten angegeben.

Der Leser sollte darauf hingewiesen werden, dass es sich bei den Ergebnissen einer Umfrage stets um Schätzungen handelt, deren Genauigkeit – bei sonst gleichen Voraussetzungen – von der Stichprobengröße und dem Stichprobenanteil abhängig ist. Für eine Stichprobengröße von ungefähr 1.000 Interviews, schwanken die wahren Werte innerhalb der folgenden Konfidenzintervalle:

**Statistische Margen aufgrund der Stichprobenziehung
(auf dem 95% Konfidenzniveau)**

verschiedene Stichprobengrößen sind in Reihen

verschiedene beobachtete Ergebnisse sind in Spalten

	5%	10%	15%	20%	25%	30%	35%	40%	45%	50%	
	95%	90%	85%	80%	75%	70%	65%	60%	55%	50%	
N=50	6,0	8,3	9,9	11,1	12,0	12,7	13,2	13,6	13,8	13,9	N=50
N=500	1,9	2,6	3,1	3,5	3,8	4,0	4,2	4,3	4,4	4,4	N=500
N=1000	1,4	1,9	2,2	2,5	2,7	2,8	3,0	3,0	3,1	3,1	N=1000
N=1500	1,1	1,5	1,8	2,0	2,2	2,3	2,4	2,5	2,5	2,5	N=1500
N=2000	1,0	1,3	1,6	1,8	1,9	2,0	2,1	2,1	2,2	2,2	N=2000
N=3000	0,8	1,1	1,3	1,4	1,5	1,6	1,7	1,8	1,8	1,8	N=3000
N=4000	0,7	0,9	1,1	1,2	1,3	1,4	1,5	1,5	1,5	1,5	N=4000
N=5000	0,6	0,8	1,0	1,1	1,2	1,3	1,3	1,4	1,4	1,4	N=5000
N=6000	0,6	0,8	0,9	1,0	1,1	1,2	1,2	1,2	1,3	1,3	N=6000
N=7000	0,5	0,7	0,8	0,9	1,0	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	N=7000
N=7500	0,5	0,7	0,8	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1	N=7500
N=8000	0,5	0,7	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	N=8000
N=9000	0,5	0,6	0,7	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0	N=9000
N=10000	0,4	0,6	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	N=10000
N=11000	0,4	0,6	0,7	0,7	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	N=11000
N=12000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	N=12000
N=13000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,9	0,9	N=13000
N=14000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	N=14000
N=15000	0,3	0,5	0,6	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	N=15000
	5%	10%	15%	20%	25%	30%	35%	40%	45%	50%	
	95%	90%	85%	80%	75%	70%	65%	60%	55%	50%	

ABK.	LÄNDER	INSTITUT	ZAHL DER INTERVIEWS	FELDZEIT		BEVÖLKERUNG 15+
BE	Belgien	TNS Dimarso	1.013	11/05/2013	26/05/2013	8.939.546
BG	Bulgarien	TNS BBSS	1.029	13/05/2013	20/05/2013	6.537.510
CZ	Tschech. Rep.	TNS Aisa	1.001	11/05/2013	24/05/2013	9.012.443
DK	Dänemark	TNS Gallup DK	1.005	10/05/2013	26/05/2013	4.561.264
DE	Deutschland	TNS Infratest	1.554	10/05/2013	26/05/2013	64.336.389
EE	Estland	Emor	1.002	10/05/2013	26/05/2013	945.733
IE	Irland	IMS Millward Brown	1.002	11/05/2013	26/05/2013	3.522.000
EL	Griechenland	TNS ICAP	1.000	11/05/2013	25/05/2013	8.693.566
ES	Spanien	TNS Demoscopia	1.011	13/05/2013	26/05/2013	39.127.930
FR	Frankreich	TNS Sofres	1.019	11/05/2013	25/05/2013	47.756.439
IT	Italien	TNS Italia	1.011	11/05/2013	24/05/2013	51.862.391
CY	Zypern	Synovate	505	10/05/2013	25/05/2013	660.400
LV	Lettland	TNS Latvia	1.002	10/05/2013	26/05/2013	1.447.866
LT	Litauen	TNS LT	1.029	10/05/2013	26/05/2013	2.829.740
LU	Luxemburg	TNS ILReS	505	10/05/2013	26/05/2013	434.878
HU	Ungarn	TNS Hoffmann Kft	1.027	11/05/2013	25/05/2013	8.320.614
MT	Malta	MISCO	500	10/05/2013	26/05/2013	335.476
NL	Niederlande	TNS NIPO	1.021	11/05/2013	26/05/2013	13.371.980
AT	Österreich	Österreichisches Gallup-Institut	999	10/05/2013	26/05/2013	7.009.827
PL	Polen	TNS POLSKA	1.000	11/05/2013	26/05/2013	32.413.735
PT	Portugal	TNS EUROTESTE	1.004	11/05/2013	26/05/2013	8.080.915
RO	Rumänien	TNS CSOP	1.083	11/05/2013	21/05/2013	18.246.731
SI	Slowenien	RM PLUS	1.011	11/05/2013	26/05/2013	1.759.701
SK	Slowakei	TNS Slovakia	1.000	10/05/2013	24/05/2013	4.549.955
FI	Finnland	TNS Gallup Oy	956	10/05/2013	26/05/2013	4.440.004
SE	Schweden	TNS GALLUP	1.011	11/05/2013	26/05/2013	7.791.240
UK	Vereinigtes Königreich	TNS UK	1.305	11/05/2013	26/05/2013	51.848.010
TOTAL UE27			26.605	10/05/2013	26/05/2013	408.836.283
CY(tcc)	Türkisch-zyprische Gem.	Kadem	500	11/05/2013	23/05/2013	143.226
HR	Kroatien	Puls	1.000	14/05/2013	26/05/2013	3.749.400
TR	Türkei	TNS PIAR	1.001	11/05/2013	24/05/2013	54.844.406
MK	Ehemalige jugoslawische Rep. Mazedonien	TNS Brima	1.056	11/05/2013	20/05/2013	1.678.404
IS	Island	Capacent	511	11/05/2013	26/05/2013	252.277
ME	Montenegro	TNS Medium Gallup	1.015	11/05/2013	24/05/2013	492.265
RS	Serbien	TNS Medium Gallup	1.006	11/05/2013	25/05/2013	6.409.693
TOTAL			32.694	10/05/2013	26/05/2013	476.405.954